

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Auf zum Protest!

Gegen das reaktionäre Mörderregiment.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei fordert die Parteigenossen auf, überall Kundgebungen gegen das bayerische Mörderregiment und zur Unterstützung des Kampfes der gesamten bayerischen Arbeiterschaft gegen die Herrschaft der Kahr und Pöchner zu veranstalten. Die Kundgebungen müssen eine wichtige Unterstützung darstellen für folgende Forderungen:

- Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern, Mitteldeutschland und Ostpreußen.
- Aufhebung aller Sondergerichte, insbesondere der Volksgerichte in Bayern.
- Entwaffnung der Einwohnerwehren, der Orgeßch und sofortige Auflösung dieser Organisationen.
- Rücktritt der Kahrregierung.
- Bestrafung aller Schuldigen an der Mordtat.
- Anklageerhebung gegen Pöchner und Escherich.
- Arbeiter, Angestellte und Beamte! Besucht überall diese Massenkundgebungen. Zeigt, daß ihr euch eins fühlt mit dem Kampf der bayerischen Arbeiterschaft! Zeigt, daß ihr der bauernden Gefährdung der Interessen der Massen durch die bayerische Reaktionsherrschaft ein Ende bereiten wollt!

Berlin, den 11. Juni 1921.
Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Reaktion wütet.

Mit Schnelligkeit treiben in Bayern die Dinge der Entweidung zu. Die Reaktion hat alle Vorbereitungen getroffen, um die Regierung Kahr zu stürzen, wenn sie sich ihrem Vorgehen nicht gutwillig anschließt. Die Mitteilungen im Regensburger Anzeiger, dessen Verleger der Vorsitzende der bayerischen Volkspartei, Landtagsabgeordneter Veld, ist, künden den Scheitern über die Vorgänge. Danach ist der nationalistische Oberst Inländer beim Führer des Ordnungsblokes erschienen und hat gefordert, daß er ihm helfe, Kahr zu stürzen, weil dieser in der Entwaffnungsfrage sich als zu schlapp und nachgiebig gegenüber Berlin erwiesen habe. Der Plan Escherichs, Ludendorffs Rangiers und der übrigen Hintermänner in Deutschland ist fertig. Sie wollen in Bayern die Diktatur errichten, um die Entwaffnung und Auflösung ihrer militärischen Organisationen zu verhindern. Damit würden aber die Sanktionen in Kraft treten und der Krieg mit der Entente wäre in unmittelbare Nähe gerückt. Das ist das unmittelbare Ziel der deutschen Reaktion.

Seit zwei Jahren arbeiten Escherich und seine Kumpane planmäßig an dem Aufbau der gegenrevolutionären militärischen Organisation und er ist ihnen so weit geglückt, daß sie in ganz Deutschland Mitgliedschaften unter den verschiedensten Namen haben. Auch steht ihnen fast die gesamte bürgerliche Presse zur Verfügung. Alle Anzeichen deuten daraufhin, daß sie den Augenblick für gekommen halten, um die Arbeiterschaft zu provozieren und dann den Kampf aufzunehmen. Mit Belagerungszustand, mit Verbot von Versammlungen, Versammlungsverboten, mit Mord arbeiten die Reaktionen in Bayern seit Jahren, ohne von der Reichsregierung daran gehindert zu werden. Ja, wenn die Reichsregierung auch nur das leiseste Wort zu sagen wagt, drohen sie mit Abfall vom Reich und sie werden dabei nicht nur von der bayerischen, sondern auch von der Reichspresse unterstützt. Diese verbrecherische Politik hat den Ludendorffern und Escherich allmählich eine so starke Position in Bayern verschafft, daß sie Glaubens sind, jetzt sei die Zeit zum letzten Schlage gekommen. Das Verbrechen an Gareis ist das planmäßig vorbereitet wurde, sollte nur das Schlussspiel in der Kette der Provokationen gegen die Arbeiterschaft sein. Die Arbeiterschaft selbst war seit dem Frühjahr 1919 unter einem solchen Druck gehalten worden, daß fast jede selbständige Bewegung unmöglich schien. Nun aber hat der Mord an Gareis auch die neuesten aufgerüttelt, und es ist zu einem allgemeinen Ausbruch gekommen, der auf Anweisung der Escherichs in der bürgerlichen

Presse freilich als schwächlich und schon im Zusammenbrechen hinstellt wird.

Daß die Verhältnisse in Bayern soweit gebrochen sind, verdanken wir der deutschen Reichsregierung. Nicht nur der jetzigen, sondern allen Regierungen seit dem Frühjahr 1919. Die Regierung Fehrenbachs benahm sich gegenüber den bayerischen Gewaltsamen so jämmerlich, daß sie nur noch als der hilflose Greis erschien. Als sie vor einigen Monaten ihren Vertreter, den Bizelektanten Heine, mit dem Auftrag nach Bayern schickte, er solle die bayerische Regierung bitten, ihr bei der Durchführung der Vertragsverpflichtungen doch keine solchen Hindernisse in den Weg zu legen, wurde er nicht einmal zur Sitzung des Ministeriums zugelassen, sondern wie ein Bettler an der Tür abgefertigt. Und die Reichsregierung steckte diesen Fußtritt ein. Sie ist ja auch an ihrer eigenen Jämmerlichkeit zugrunde gegangen. Aber auch die Regierung Wirth hat, obwohl sich die Dinge immer mehr zuspitzen und auch für den Blinden schon längst fühlbar sind, den Mut zum Vorgehen nicht gefunden. Wenn der Belagerungszustand in Bayern einen Sinn hat, so nur den, daß mit ihm jetzt gegen die Verbrecher vorgegangen wird. Davon ist aber nicht die Rede,



Karl Gareis.

denn diese haben in Bayern die Gewalt in der Hand und hier gibt's nichts anderes, als schleunigste Beseitigung dieser Regierung samt ihren Stützen. Damit muß aber der Kampf gegen die gesamte Reaktion in Deutschland aufgenommen werden, denn wie aus dem Telegramm an das Ringhotel in München hervorgeht, handeln die bayerischen Reaktionen nicht auf eigene Faust, sondern in Verbindung und im vollsten Einverständnis mit ihren Verbündeten im Reich. Das Telegramm fordert sie auf, ihre Organisationen ja nicht umzustellen, ja, Escherich soll den jetzigen Reichsanzler wegen Verfassungsbruch in Anklage bringen. Die nationalen Verbände sind sofort anzuschließen und der schärfste Kampf in der Presse hat zu beginnen. Der Plan, wie vorgegangen werden soll sowohl organisatorisch wie in der Presse, ist damit aufgedeckt. Und was tut die Reichsregierung? Bis jetzt hört man nichts. Sie wird solange abwarten, bis sie wie in Oberschlesien vor vollendete Tatsachen gestellt ist, oder, wie die Regierung Scheidemann 1919, bis sie von den bayerischen Kappisten zum Teufel gejagt ist. Der Mord an Gareis sollte doch auch die etwas dunklen Köpfer der Regierung erhellt haben. Auf sie fällt nicht zuletzt die Verantwortung mit, wenn sie noch zögert, in Bayern mit fester Hand zuzugreifen.

Faßt schien es, als ob die bayerischen Reaktionen bei Be-

antworten des Mordmordes verblüfft wären. Aber sie haben sich schnell erholt. Schon am Sonnabend ging der Polizeigewaltige Pöchner mit aller Macht gegen die Arbeiterschaft vor. Er verbot die Versammlungen, ließ eine Versammlung, die auf einem öffentlichen Plage stattfand, durch seine Polizisten auseinanderjagen, er verbietet und beschlagnahmt die Flugblätter, verbietet die Zeitungen, kurz, er haust wie ein Berserker.

Die Münchner Arbeiterschaft hat als erste Antwort auf den Mord mit dem Generalausstand geantwortet und alle Nachrichten aus dem Lande zeigen, daß sich die Arbeiterschaft Bayerns des Münchner anschließt. Am gestrigen Tage ist Pöchner mit neuen Gewaltstreichen vorgegangen. Er kündigt das Verbot des Trauerzuges an und, falls dieses nicht beachtet wird, die gewalttätige Unterdrückung der Kundgebung. Eine Buchdruckerversammlung ließ er durch Polizisten mit aufgepflanztem Bajonett auseinanderreiben. Die wenigen Straßenbahnwagen, die verkehren, hat er mit bewaffneten Polizisten in Zivil besetzen lassen. Die Erregung in der Bevölkerung wird durch diese Maßregeln auf höchste gesteigert.

Eine mächtige Erregung hat in ganz Deutschland die Arbeiterschaft auf den Plan gerufen. Überall werden Versammlungen abgehalten und die Schritte erwogen, die unternommen werden sollen, um die Reaktion in Bayern und Deutschland niederzuwerfen. Es kann nicht mehr wie im Frühjahr 1919 kommen, daß die übrige deutsche Arbeiterschaft ruhig zusieht, wie die bayerische niedergeworfen und abgeschlachtet wird. Die engste Solidarität muß die kämpfende Arbeiterschaft verbinden, muß sie dahin bringen, nicht eher zu ruhen, bis die Reaktion unschädlich gemacht ist. Die Erkenntnis muß in jedes Arbeiters Hirn einziehen, daß, wenn der jetzige Augenblick verpaßt wird, neue Opfer gebracht werden müssen, und der Leidensweg des Proletariats verlängert wird. Unter dem Sturmruf: Nieder mit der Reaktion, auf die Nacht, die Stunde ist erst, muß sich das Proletariat sammeln.

Neue Bewaffung der Reaktion.

München, 11. Juni. Aufrufe des bayerischen Beamtenbundes fordern zum Fernbleiben vom Streit auf. Anschläge und Handzettel reaktionärer Herkunft kamen zur Ausgabe mit dem Inhalt: „Die Waffenablieferung der Einwohnerwehre unterbleibt. Die schon abgelieferten Waffen sind in den Depots sofort abzuholen.“

Die Reichsregierung muß Farbe bekennen.

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat folgende Interpellation eingebracht:

„In der Nacht zum 10. Juni ist der bayerische Landtagsabgeordnete Gareis, Vorsitzender der Fraktion der USPD, ermordet worden. Der Täter ist entkommen. Es steht jedoch fest, daß das Verbrechen angeklagt wurde von den monarchistisch-militaristischen Kreisen, die sich unter Begünstigung der Kahr-Regierung in den Einwohnerwehren und Orgeßchformationen Waffen für ihre reaktionären Pläne geschaffen haben.“

- Was gedenkt die Regierung zu tun, um:
1. eine ausgiebige Sühne für die Ermordung des Abgeordneten Gareis zu bewirken;
 2. die der Sicherheit Deutschlands im Innern und Außern Gefahr bringenden Einwohnerwehren und Orgeßchformationen zur sofortigen Auflösung zu bringen und ihre restlose Entwaffnung zu sichern;
 3. in Bayern verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen durch Beseitigung des Ausnahmezustandes und der Volksgerichte?
- Was gedenkt sie zu tun, um die verfassungswidrige, allen reaktionären Antrieben in Bayern Vorschub leistende Kahr-Regierung daran zu hindern, weiteres Unheil anzurichten?

Auf zum Protest gegen das System der Mordmörder!

Dienstag nachmittags 5 Uhr findet im großen Saale des Zoologischen Gartens eine **Protest-Versammlung** gegen den Mord an unserem Parteigenossen Gareis in München statt. Es gilt den Kampfwillen des revolutionären Proletariats gegen das System der politischen Mordmörder zu bekunden. **Massen heraus!**

Der Generalstreik in München.

Polizeipräsident Pöhner provoziert die Arbeiter.

München, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Nachfolger des ermordeten Genossen Gareis im bairischen Landtag ist Genosse Ernst Toller, der zurzeit seine fünfjährige Gefängnisstrafe absitzt.

München, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die bürgerlichen Blätter brachten am Sonntag ein vierseitiges Einheitsblatt unter dem Titel „Münchener bürgerliche Presse“ heraus, das in geringer Auflage im Straßenverkauf vertreiben wurde. Das technisch sehr mangelhaft hergestellte Blatt zeigt, daß kein organisierter Buchdrucker an der Herstellung beteiligt war. Der Versuch, ein großes bürgerliches Blatt herauszubringen, scheiterte in dem entschlossenen Willen der Buchdrucker, die Streikparole zu halten.

Die Münchener Polizei, Schupo und Zeitfreiwilligen sehen mit Maschinengewehren, Revolvern und Panzerautos in ständiger Bereitschaft. Dabei hatten sie das Ploch, daß die internationalistische Kommission die Kriegsmaschinen ausgerüsteten Panzerautos photographierte.

Der Straßenbahnbetrieb wurde in München auch gestern und wird heute noch in beschränktem Umfang durch die technische Notwendigkeit aufrechterhalten. Jedem Wagen sind bewaffnete Polizisten in Zivil zugeteilt.

Die Streikbewegung ist sowohl in München als in ganz Bayern in Maschinen. Die Buchdrucker werden Montag eine Abordnung zur anrührenden Regierung schicken, die fordert: rückständiges Vorgehen gegen die bürgerliche Presse, Sicherheit der Person und Freiheit der sozialistischen Presse. Bist die Regierung diese Forderungen ab, dann behalten sich die Buchdrucker neuerdings Beschlußfassung vor, um evtl. den Streik in den bürgerlichen Zeitungsbetrieben weiterzuführen, bis die sozialistische Presse wieder reitgegeben wird.

Die Eisenbahner haben am Sonntag nachmittag beschlossen, von Sonntagnacht 12 Uhr bis Montagmorgen 12 Uhr in den Streik einzutreten.

Die für heute vormittag angesetzten sieben öffentlichen Versammlungen sind von der Polizei verboten worden, ebenso der gestrige Trauerzug. Das Verbot wurde am Sonntag durch große Blaskate von Schupo und von Zeitfreiwilligen in allen Stadtteilen angeklebt. Die Polizei ist beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sowohl die Versammlungen, wie den Trauerzug zu unterbinden. Die Generalstreikleitung wurde gestern abend nochmals beim Polizeipräsidenten Pöhner vorstellig, um die Zurücknahme des Verbots zu erwirken. Polizeipräsident Pöhner blieb dabei bei seinem Verbot bestehen und die Generalstreikleitung erklärte, daß der Trauerzug trotzdem stattfinden werde.

Gestern abend wurde eine Versammlung der Buchdrucker, die zur Streikfrage Stellung nahm, von bewaffneter Sicherheitspolizei mit aufreißender Heftigkeit aufgebrochen. Die Buchdrucker sind über dieses polizeiliche Vorgehen äußerst erbittert.

München, 12. Juni. (W. T. B.) Der Generalstreik hat bis heute keine besondere Ausdehnung erfahren. Die Straßenbahnen und auch die Eisenbahnwerkstätten arbeiten; doch wird dort andauernd zum Streik gedrängt. Bis heute war weder der Mörder des Abgeordneten Gareis verhaftet noch eine Spur entdeckt. Heute wurde ein Flugblatt beschlagnahmt, in dem zu einer gemeinsamen Kundgebung in sieben großen Sälen von München zum Montag eingeladen wird; auch war auf den Zetteln das Programm der Reichsfeste vermerkt, wonach ein Umzug von der Theresienwiese nach dem Ostfriedhof geplant war. Die Versammlungen und der Umzug sind durch die Polizeidirektion verboten worden. Die Gerichte von einer Kommunistenverfolgung im Nordendviertel heute früh sind falsch. In Neu-Aubing bei München wurde heute mittag eine Kommunistenversammlung durch die Münchener Polizei aufgebrochen. Die vom Streik betroffenen bürgerlichen Blätter haben heute ein gemeinsames Nachrichtenblatt herausgegeben, das einen Ueberblick über die wichtigsten Tagesereignisse gibt.

München, 13. Juni. Der Staatskommissar für die öffentlichen Ruhe und Ordnung in Stadt und Land, Polizeipräsident Pöhner, hat alle von den verschiedenen Organisationen geplanten Kundgebungen und öffentlichen Umzüge verboten, und zwar unter Hinweis darauf, daß er Zuwiderhandlungen mit allen Mitteln unterdrücken würde.

Der „Kampf“ verboten.

München, 11. Juni. Das heutige Extrablatt der Münchener Post wurde wegen seiner Aufforderung zum Generalstreik der lebenswichtigen Betriebe des Ladens und; außerdem wurde die unabhängige Zeitung „Der Kampf“ bis auf weiteres verboten.

München, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Verlag des „Kampf“, unseres Münchener Bruderorgans, erhielt heute abend 7 Uhr folgende Verfügung:

Auf Grund der Verordnung des Gesamtministeriums des Reichs vom 8. 4. 1920 und vom 1. 11. 1919 über einseitige Maßnahmen nach Artikel 4 der Reichsverfassung erlasse ich folgende Anordnungen:

1. Das Erscheinen der Tageszeitung „Der Kampf“ wird verboten.
 2. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Verlag des „Kampf“ zur Last. — Gebühren bleiben außer Acht.
- Gründe: Die Tageszeitung „Der Kampf“ hat die Ermordung des Abgeordneten Gareis zum Anlaß einer maßlosen Heiße gegen die derzeitige bayerische Regierung benutzt, so daß sowohl die Sonderausgabe vom 10. Juni 1921, wie auch die Nummer 133 vom 11. Juni 1921 beschlagnahmt werden mußten. Letztere Nummer enthält u. a. die verächtliche Aufforderung zum Mord, die Aufforderung zum Generalstreik, die Aufforderung zum Besuch einer verbotenen Versammlung. Wegen der letzteren wurde im Beschluß vom heutigen die Vorzensur über den „Kampf“ verhängt. Dieser Beschluß hat, wie die neu vorgelegte Sonderausgabe vom 11. Juni 1920 beweist, auf den Ton und den Inhalt seiner Wirkung auszuwirken. Auch hier wird die bairische Regierung wieder der Mitschuld an dem Mord des Abgeordneten Gareis bezichtigt. Es wird zum Generalstreik aufgefordert und Ausdehnung des Generalstreiks auf die Straßenbahnen und die lebenswichtigen Betriebe propagiert. Es ergibt sich hieraus, daß die angeordnete Maßnahme der Vorzensur eine nicht ausreichende Maßnahme war. Da zudem der „Kampf“ bereits längere Zeit vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Generalstreiks eine aufreizende Sprache geführt hat, wird das Erscheinen des „Kampfes“ mit sofortiger Wirksamkeit verboten.

Der Staatskommissar für München-Stadt und Land. gen. Pöhner, Polizeidirektor.

Sympathieunternehmung des Wiener Kreisarbeiterrates.

Wien, 12. Juni. Die gestrige Sitzung des Wiener Kreisarbeiterrates wurde von Dr. Adler mit einer Sympathieunternehmung für die bairische Arbeiterkammer eröffnet, wobei er ausführte, die gemeinsame Aktion des Münchener Proletariats sei ein Zeichen der Hoffnung, daß auch in Deutschland die Kampfaktivität des Proletariats für die Selbstbestimmung der Genossen wiederum gestärkt werde. Auf Antrag Dr. Adlers wurde einstimmig die Absendung eines Telegramms an den vom Proletariat in München eingeschickten gemeinsamen Ausschuss beschlossen, in dem der Kreisarbeiterrat dem Klassenbewußten Proletariat Bayerns sein tiefstes Mitgefühl aus Anlaß der Ermordung des Abgeordneten Gareis ausspricht. Der Parteivorstand der österreichischen sozialdemokratischen Partei hat an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in München ebenfalls ein Beileidstelegramm geschickt.

Auch die noch.

Aus München kommt die Meldung, daß dort unter dem Vorsitz des Reichsrichters v. Loebell am Sonnabend der Reichsbürgerrat getagt hat. Sollte das ein bloßer Zufall sein? Das ist kaum anzunehmen. Denn der Reichsbürgerrat ist die ausgesprochene konterrevolutionäre Organisation des Bürgertums gegen die Arbeiterklasse und die geschworene Feindin der Republik und der Demokratie. So viel Demokraten und Republikaner ihr auch angehören mögen. Die Nachricht selber lautet:

„Unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. v. Loebell tagte hier die Bunderversammlung der Reichsbürgerräte unter starker Anteilnahme aus dem ganzen Reiche. In den Referaten wurden die sozialen, kommunalen, wirtschaftlichen und politischen Ziele der Reichsbürgerräte eingehend erörtert. Zum Schluß der Tagung wurde ein Hamburger Antrag angenommen, der die Einführung der schwarz-weiß-roten Handelsflagge durch Gesetz festlegen will, außerdem soll das Präsidium zu einem geeigneten Zeitpunkt für ein Volksbegehren auf allgemeine Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Flagge mit allen Mitteln eintreten. Die nächste Bunderversammlung wird in Rheinland-Westfalen zusammentreten.“

Ein ungeheuerliches Urteil.

Wenn man nach den ersten Urteilen des Reichsgerichts, die zwar äußerst milde waren, aber doch mit einer Beurteilung der Verbrechen endeten, noch die Hoffnung hegen konnte, daß im Reichsgericht ein etwas anderer Geist herrsche, als auf den meisten übrigen Richterstufen Deutschlands, von denen im Interesse und Gehalte eines reaktionären Klüngels „Recht“ gesprochen wird, wenn man hoffen konnte, daß sich vor dem höchsten Gerichtshof des deutschen Reiches ein wenig Verständnis für das Rechtsempfinden der zivilisierten Welt, auf der die Schmach der Kriegsgreuel wie ein dunkler Flecken lastet, durchbringen werde, so haben die zwei letzten Urteile diese Hoffnung gräulich enttäuscht. Wie am Anfang des Krieges die Kirche als das Herrschaftsinstrument des kapitalistischen Staats die Waffen der in den Krieg ziehenden Instrumente der Reaktion, die trotz aller äußeren demokratischen Formen noch immer das Heft in Händen hält, zwei Verbrechern, die die verabscheuenswürdigsten Kriegsgreuel verübt haben — und dazu gehört sicherlich die Versenkung eines Lazarettsschiffes und der Krieg gegen belgische Kinder — die Sanktion erteilt.

Das Reichsgericht hat sich selbst gerichtet, es hat aber auch Deutschland vor der Welt gerichtet. Es hat dem Mißtrauen der außerdeutschen Welt, die trotz der offiziellen Versicherungen einem Volke, das Schwere Kriegsverbrechen vom Schlosse Ludendorfs in seiner Mitte weilen und an der Restauration des alten Deutschlands arbeiten läßt, die Erneuerung seines Geistes nicht recht glauben wollte, neue Nahrung zugeführt. Es hat vor aller Welt offen und unmissverständlich bezeugt, daß der alte preußisch-militaristische Geist, der Deutschland eine Welt von Feinden schuf und es in den Abgrund riß, noch lebt, von der diesen Staat beherrschenden Bureokratie und Offizierskaste liebelvoll gehegt und gepflegt wird und nur auf die gute Gelegenheit wartet, wo er wieder seinen Dreck einen traurigen Zufall unterbrochenem Siegeszug durch die Welt antreten kann.

Der stellvertretende englische Regierungschef Churchill hat dieser Tage eine bedeutungsvolle programmatische Rede gehalten, in der er als das Ziel der englischen Regierungspolitik die Wiederherstellung eines wahrhaften Friedens zwischen den drei großen Mächten Frankreich, England und Deutschland hinstellte und als dessen schwerstes Hindernis eben jener preußisch-militaristische Geist bezeichnete, der auf den deutschen Unverständlichkeiten ruht. Das Reichsgericht hat sich bereit, eine Illustration zu den Worten Churchills zu geben. Es muß auf die Deffenidlichkeit Englands und der Entente überhaupt als eine Provokation wirken, wenn als Antwort auf die Friedensrede des englischen Vizepremiere das Reichsgericht ein Urteil fällt, das das Aufsteigen einer vorföhlicheren Stimmung in den Ländern der Verbündeten erteilt und den Kriegsgreueln, die in Frankreich sicherhaft am Werke sind, ein gewichtiges Argument für die Notwendigkeit einer Politik der Vorzicht und der „Sicherungen“ gegenüber Deutschland in die Hände spielt.

Das Reichsgericht scheint mit seinem letzten Urteil die Parole der widrigenen Tzenhäuser, die in Deutschland während des Krieges den Ton angaben, aufgegriffen zu haben: je mehr Feinde, desto besser. Nachdem es die englische Deffenidlichkeit durch den Freispruch des Kapitänleutnants Neumann zur Erneuerung des Hasses gegen Deutschland aufgereizt hat, wendet es seine Aufmerksamkeit der Aufgabe zu, die taum vernarbten Wunden, die von Deutschlands Heeren dem belgischen Volke zugefügt wurden, wieder aufzureißen. Daß Belgien von anfang an ein schweres Unrecht zugefügt wurde, hat der deutsche Reichsanwalt im Augenblicke der Begehung der Tat selbst eingestanden. Daß die Befehlshaber der deutschen Heere, statt das Unrecht möglichst zu lindern, sich nicht darin genug tun konnten, es von Tag zu Tag zu vergrößern und den deutschen Namen mit Schmach und Schande zu bedecken, kann jeder Mund und jeder Stein in Belgien bezeugen. Trotzdem ist auch die Klust des Hasses, die sich zwischen Belgien und Deutschland aufgetan hat, nicht unüberbrückbar. Belgien ist viel zu sehr wirtschaftlich auf Deutschland angewiesen, als daß es seinen Haß verwinden könnte, und es schien in letzter Zeit auch dieses Land sich von der deutschfeindlichen Politik Frankreichs allmählich lösen zu wollen. Unter diesen Umständen wird das Urteil des Reichsgerichts wie ein Peitschenschlag wirken und den taum verglommnen Haß wieder neu entfachen. Alle Gefühle des Hasses, der Erbitterung und der Empörung, die in der belgischen Bevölkerung noch immer nicht ganz erloschen sind, werden aufgepeitscht werden, wenn die belgischen Mütter erfahren werden, daß das oberste Gericht Deutschlands den Verbrecher, der ihre Kinder seelisch und körperlich mißhandelt und gepeinigt hat, freigesprochen hat, daß es, statt seine Hand zur Wiedergutmachung des Unrechts zu bieten, es für Recht ausgegeben und die Anklagen des Kinderpeinigers gebilligt hat.

Zum Glück ist das Reichsgericht nicht Deutschland. Es hat sich als ein williges Werkzeug der alten Mächte entlarvt, die, so tief auch im Verborgenen ihr Einfluß reichen mag, doch nicht mehr das Recht haben, Deutschland in der Welt zu repräsentieren. Das deutsche Volk muß, soweit es sich vom unheilvollen Einfluß des reaktionären militaristischen Geistes befreit hat, offen und mit vernunftlicher Stimme zu erkennen geben, daß es sich nicht mit dem Reichsgericht identifiziert. Ein Sturm der Empörung muß durch die deutsche Deffenidlichkeit gehen, der den Flecken, der ihr vom Reichsgericht aufgebrannt wurde, hinwegweht, um Deutschlands moralisches Gewicht in der Welt wieder herzustellen und

das allmählich aufkeimende Vertrauen zu ihm nicht abtöten lassen. Und wenn die bürgerlichen Schichten von ihrem Klasseninteresse aus und in dem Wahne, dadurch ihre alte Herrschaftsstellung zu befestigen, die Urteile des Reichsgerichts wider das natürliche Rechtsempfinden des ganzen Volkes billigen wollen, in den Augen des Proletariats ist das Reichsgericht mit seinen vom Klasseninstinkt diktierten Urteilen gerichtet und es darf kein Zweifel darüber herrschen, daß die breiten Massen des deutschen Volkes den Geist verabscheuen, der für die Taten der Kriegsverbrecher verantwortlich ist und aus dem Urteil des Reichsgerichts spricht, und ihm den schärfsten Kampf ansagen, um Deutschland von den Bestreben der Reaktion zu befreien.

„Im Namen des Reichs“ hat am Sonnabend der 2. Straßsenrat des Reichsgerichts den Studenten Ramdohr freigesprochen. Der Angeklagte sei zwar dringend verdächtig, Personen und besonders jugendliche festgenommen und mißhandelt zu haben, aber nicht ein bestimmter Einzelfall sei vollkommen erwiesen worden. Aus der Tatsache, daß einzelne Zeugen bestimmt die Unwahrheit gesagt haben, sei zu folgern, daß alles absichtlich übertrieben wiedergegeben worden sei. Die ungläubwürdigen Kinderausagen seien auch durch Aussagen Erwachsener, des Oberleutnants Schwarz und des Gefängnisverwalters Landow, widerlegt, denen niemals Mißhandlungen vorgeworfen worden sind.

Deshalb kam das Gericht zu der Annahme, daß Mißhandlungen irgendwie erheblicher Art nicht stattgefunden haben.

Ebenso hat das Gericht als nicht erwiesen angenommen, daß Ramdohr die Kinder widerrechtlich der Freiheit beraubt habe. Es ist im Gegenteil überzeugt, daß er pflichtgemäß und rechtlich zu handeln glaubte, als er die Kinder in der Nachtzeit festnahm, sie festsetzte und bis zum Ergebnis der Ermittlungen festhielt. Er war auch zu dieser Festnahme von Kindern berechtigt, um weitere Transportgefährdungen zu verhindern.

Mit diesem unerhörten Urteil ist der Krieg der Deutschen gegen belgische Kinder vom höchsten deutschen Gerichtshof ausdrücklich gutgeheißen worden.

Man vergegenwärtige sich die Sachlage. Auf einer zu Transportzwecken benutzten Eisenbahnstrecke werden die zu den Signalapparaten einer Station führenden Drähte verbogen und verwickelt, so daß die Signale falsch stehen und ein Eisenbahnunglück die Folge sein kann. Die Täter sind unbekannt. Belgische Bahnarbeiter sind beim Ausbessern als Landesverräter beschimpft worden, können aber auch nicht angeben, von wem. Nur daß es eine Schaar Kinder gewesen sei, wissen sie zu berichten. Ramdohr, der als Leiter der geheimen Feldpolizei die Untersuchung zu führen hat, fragt ein Kind, das in einem dem Talorte nahegelegenen Hause wohnt, aus, das ihm Namen von einigen anderen Kindern nennt, die sich angeblich an den Drähten zu schaffen gemacht haben. Und diese Kinder führt nun Ramdohr der Reihe nach fort, holt sie im Alter von 8 Jahren an in November- und Dezembermächten aus den Betten, festsetzt sie, sperrt sie ein, läßt sie sich nachts zu „schärferen“ Verhören vorführen, kront sie zu „Gefändnissen“, erfährt neue Namen und setzt die Verhaftungen fort. Am 8. November 1917 hat er den ersten „Täter“ verhaftet und bis zum 22. Dezember hat er seinen Zeugen vernommen. In diesem Tage faßt er ein Protokoll ab, das er aber erst am 3. Januar an seine vorgesetzte Behörde abgibt. Am 20. Februar ordnet ein Kriegsgericht die Freilassung von 8 Kindern an, die überhaupt nicht Täter sein können, da sie noch in einem strafunmündigen Alter sind.

Das Gericht nimmt nun als erwiesen an, Ramdohr habe im guten Glauben gehandelt, zur Festsetzung der Kinder berechtigt gewesen zu sein, um weitere Verbrechen zu verhindern. Im Prozeß selbst wurde aber festgestellt, daß das eine Signal vom Bahnhof aus erlosch und kontrolliert werden konnte. Nur das andere stand etwas weiter entfernt. Wenn nun Ramdohr wirklich pflichtgemäß gehandelt hätte, dann hätte er eine schärfere Bewachung des gefährdeten Punktes veranlassen müssen. Das wäre die einzig richtige Vorbeugungsmaßregel gewesen, denn selbst wenn er sämtliche Kinder der Umgebung verhaftet hätte, konnte er damit doch nicht verhindern, daß andere Personen das Signal gestört hätten. Hätte man aber einen Posten hingestellt, so wäre das unmöglich gewesen und die Festsetzung der Kinder wäre als vorübergehende Maßregel unnötig geworden. Wie unnötig und widerrechtlich sie war, zeigla die Tatsache, daß nach Freilassung der Kinder auch keine Störung mehr vorkam. Außerdem erklärte auch der Zeuge Kastenland, daß er als Kriegsgerichtsrat die strafunmündigen Kinder ohne weiteres freigelassen habe, weil er keinen Anlaß sah, sicherheitspolizeiliche Maßnahmen treffen zu müssen! Der gute Glaube Ramdohrs ist auch durch das Zeugnis des Leiters der Feldpolizei, des Oberregierungssekretärs Ditt wiederlegt, der aus freien Stücken bekundete, daß bei einer Besprechung der Stationsleiter Ramdohr die Frage gestellt habe, ob man unter solchen Umständen Kinder festsetzen dürfe. Ditt hat ihm darauf erwidert, das dürfe man nicht, da müsse man andre Wege finden. Ramdohr wußte also, daß er widerrechtlich handelte. Der Reichsanwalt betonte außerdem in seinem Vildener mit vollem Recht, daß das Festsetzen als Sicherheitsmaßnahme eine noch viel stärkere Pflichtverletzung sei, da zur Verhütung der Schuß- und Eicherheitschaft nur die Kommandantur berechtigt war.

Der Freispruch des Reichsgerichts war also in diesem Punkte zweifellos ein Fehlpruch.

Aber auch als Maßnahme zur Verfolgung strafbarer Handlungen war die Festsetzung strafunmündiger Kinder unbeschäftigt. Strafunmündige können niemals als „Täter“ im Sinne des Strafgesetzes in Frage kommen, sie dürften also auch nicht als „Verdächtige“ festgenommen werden. Und solche dürften nur dann verhaftet werden, wenn ein begründeter Anlaß zu der Annahme vorliegt, daß sie Straftaten begangen haben. Ramdohr setzte sie aber fest, um von ihnen die Namen anderer zu erfahren und um sie erst zu Gefändnissen zu bringen! Er handelte also in jeder Weise ungesetzlich und das Urteil war auch in diesem Falle ein Fehlpruch.

Ganz unberücksichtigt hat das Gericht die von ihm selbst festgestellte Tatsache gelassen, auf die der Reichsanwalt mit allem Nachdruck hinwies, daß Ramdohr, nachdem er am 22. Dezember durch Völkler seines Protokolls den Tatbestand seiner Auffassung nach völlig geklärt hatte, die Abgabe der Akte bis zum 3. Januar hinauszog. Er hat sich also zum mindesten für diese Zeit einer widerrechtlichen Freiheitsberaubung schuldig gemacht, ganz abgesehen davon, daß er doch nach Feststellung des Tatbestands unbedingt die Strafunmündigen entlassen mußte, wenn er nach pflichtgemäßem Ermessen hätte handeln wollen.

Also auch in diesem Punkte zweifellos ein Fehlpruch!

Betreffs der Mißhandlungen erklärte das Gericht, daß der Angeklagte zwar dringend verdächtig, daß aber kein einziger Fall vollkommen erwiesen sei. Nun ist die vorläufige Einschüpfung der Kinderausagen durchaus gutzuheißen. Aber der Präsident erklärte in der Verhandlung selbst, daß nach einer so eingehenden Vernehmung der Kinder, wie sie in diesem Prozeß stattfand, die Kinder unmöglich standhalten würden, wenn ihre Aussagen nur auf Beeinflussung anderer zurückzuführen wären.

Zu der Gleichartigkeit dieser Aussagen tritt hinzu, daß der belgische Zeuge Landow in einem Fall Gepolter und das Geschrei eines Kindes aus dem Vernehmungszimmer gehört hat, daß der von Ramdohr ebenfalls eingesperrte Art Schuren in der Nacht das Geschrei eines Jungen vernahm, daß sogar der Ortskommandant auf das in der Beobachtung vorbereitete Gerücht von Mißhandlungen hin das Gefängnis kontrolliert hat. Daß ihm die Kinder nichts kanten, ist wohl nicht verwunderlich. Aber auch der Ministerialrat Gahner sagte aus, daß ihm später von Herrn Kommandantur gesagt worden sei, Ramdohr solle Kinder mißhandelt haben. Und allem Zeugnis Ramdohrs gegenüber behauptete der Zeuge Landow noch, nur die Feldpolizei habe diese

Mässige Maßnahmen (Dunkelrot, Wasser und Brot, harsches Lager) vorzuziehen!

Trotz aller dieser Befindungen hat das Gericht keine Mißhandlungen als erwiesen angenommen.

Sind nächtliche Verhöre 8- bis 13jähriger Kinder nicht zum mindesten seelische Mißhandlungen, die von einer besonderen Rücksicht zeugen, und ist das Weggreifen strafmündiger hilfloser Kinder aus dem Familienkreis und ihr monatelanges Einsperren nicht eine fortgesetzte Mißhandlung? Hat nicht durch alle diese Maßnahmen schon der Angeklagte sich einer besonderen Brutalität schuldig gemacht und sind dazu wirklich noch die „nicht erweislichen“ Mißhandlungen nötig, die in Faust- und Stockschlägen, in Quälstritten und Schlägen mit dem Kleinen auf das bloße Gesicht, im Schlagen mit einem eisernen Lineal, im Werfen der Kinder gegen den Ofen und gegen den Schrank, im Hineinbringen des Kopfes in eine mit Wasser gefüllte Schüssel bestanden?

Wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach hat sich das Gericht dem ungeheuerlichen Ausspruch des Verteidigers in seinem Urteil angeschlossen, daß „unter der Kriegsnotwendigkeit die Freiheit und sogar das Leben der feindlichen Zivilbevölkerung keine Rolle spielen können“.

Das deutsche Volk, das der Präsident in einem früheren Prozeß einmal eine Kulturnation allerersten Ranges nannte, wird dieses ungeheuerliche Urteil als eine Schmach empfinden, die recht und Menschlichkeit und dem Ansehen der deutschen Nation in gleichem Maße angetan wird. Dieser „Rechtsspruch“ wird nur bei denen ein Gefühl der Genugtuung auslösen, die sogar in diesem freigesprochenen Schänder besessener Kinder noch das Ideal eines pflichterfüllten deutschen Soldaten erblicken.

Neue Verhandlungen in Oberschlesien

Widerstand des deutschen Selbstschutzes.

Berlin, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Meldungen aus Oppeln, Paris und London berichten übereinstimmend von Verhandlungen zwischen der interalliierten Kommission auf der einen und den Vertretern des polnischen Aufstandes sowie den Führern des deutschen Selbstschutzes auf der andern Seite. Diese Besprechungen, die darauf abzielen, festzustellen, wie die interalliierte Kommission in Oppeln wieder die Gewalt über das ganze Abklingungsgebiet übernehmen kann, hat in dem kleinen Orte Plotnik im Kreise Rosenberg stattgefunden. Die interalliierte Kommission vertrat den Standpunkt, daß die Polen und der deutsche Selbstschutz gleichzeitig das Abklingungsgebiet räumen sollten. Dagegen gegenüber verhielt sich der deutsche Selbstschutz ablehnend, weil er nach den bisherigen Erfahrungen befürchten müsse, daß die interalliierte Kommission zwar den deutschen Rückzug und nicht auch den Rückzug der Polen erzwingen werde, so daß das Leben und Eigentum der Deutschen in Oberschlesien erneut dem polnischen Terror ausgesetzt sind. Erst wenn der Aufbruch erledigt und die alten Rechtzustände in Oberschlesien wieder hergestellt sind, könne der aus den Bürgerlichen und Rechtssozialisten bestehende Zwölfersausschuß den deutschen Selbstschutz auflösen. Dieser Zeitpunkt ist nach seiner Ansicht erst dann gekommen, wenn der Aufbruch tatsächlich unterdrückt und die polnischen Banden aus Oberschlesien entfernt sein werden. Außerdem wurde als Vorbedingung für die Auflösung des Selbstschutzes eine wirksame und läckenlose Absperzung der polnisch-oberschlesischen Grenze gefordert, sowie die Errichtung einer wirklich zuverlässigen Volkspolizei. Offenbar auf diese deutschen Einwände hin hat die interalliierte Kommission einen neuen Räumungsvorschlag gemacht, und zwar sollten die Polen die von ihnen besetzten Gebiete der interalliierten Kommission in den Tagen vom 10. bis 20. Juni übergeben, während der deutsche Selbstschutz die von ihm besetzte Zone erst in den Tagen vom 13. bis zum 20. Juni der interalliierten Kommission übergeben sollte. Die Polen sollten also mit der Räumung beginnen, und zwar auf der Linie Ratibor—Annaberg, am 10. Juni sollte auf der Linie Gleiwitz—Rattowitz die Räumung des eigentlichen Industriegebietes beginnen. Diese Vorschläge aber lehnten die Polen ab; sie wollten nur gleichzeitig mit den Deutschen räumen. Unter der Bedingung der gleichzeitigen Räumung haben die Polen den Vorschlag angenommen, wollen aber ihre Unterzeichnung zurückziehen, wenn die Deutschen nicht auch unterschreiben. Die Verhandlungen gehen weiter; die interalliierte Kommission ist angehtlich bestrebt, sie zu einem schnellen Abschluß zu bringen, um ihr Prestige wieder herzustellen und um dann eine radikale Lösung des ober-schlesischen Problems herbeizuführen. Die Kampf-tätigkeit der polnischen Aufkührer hat am Sonntag wieder zugenommen. Im Kreise Rosenberg scheiterte ein von polnischer Kavallerie unternommener Angriff unter schweren Verlusten der Aufkührer. Im Kreise Groß-Strehlitz ist ein polnischer Angriff im Gange. Auch hinter der polnischen Front sind einwandfrei Bewegungen beobachtet worden, die keineswegs auf Einstellung der Kampf-tätigkeit oder gar auf Ruhe hindeuten. Mehrere Dörfer in der Gegend von Ratibor, die der deutsche Selbstschutz auf Verlangen der interalliierten Kommission zur Befehung für interalliierte Truppen geräumt hatte, sind von den Polen besetzt worden.

Wenn diese letzte Meldung zutreffend ist, würde sie allerdings beweisen, daß die von der interalliierten Kommission den Aufkührern gegenüber getroffenen Maßnahmen nicht ausrechen sind. Andererseits muß aber auch mit allem Nachdruck betont werden, daß die Haltung des Allionsausschusses aufs schärfste verurteilt werden muß. Es ist Pflicht der Reichsregierung, einzugreifen und die Leitung der Selbstschutzesorganisationen, die dort zum Nachteil Deutschlands auf eigene Faust Politik macht, zur Vernunft zu bringen.

England zu schärferem Vorgehen entschlossen.

Paris, 11. Juni. (W.B.) Nach einer Agentennachricht aus London, die das Journal wiedergibt, erklärte man gestern abend in dortigen diplomatischen Kreisen, die britische Regierung sei entschlossen, nach Mitteln zu suchen, um aus der Verwirrung, die augenblicklich in Oberschlesien herrscht, herauszukommen. Die Regierung habe dem General Sennier Munitionswaffen gegeben, um die polnischen Aufkührer aus gewissen Bezirken, die sie nicht räumen wollten, durch alle Mittel, die er für gut halte, hinauszuweisen. Man füge noch hinzu, daß es für notwendig gehalten werde, neue englische Verstärkungen nach Oberschlesien zu entsenden. Man behaupte ferner, eine offizielle Notifizierung dieser Absicht an Frankreich sei bereits erfolgt. Die Londoner Times berichtet, daß die französische Regierung jetzt auf das Ersuchen der britischen Regierung, sich England anzuschließen und die alliierten Militärbefehlshaber (die französischen und italienischen) zu ermächtigen, ihre Truppen, wo und wann dies für notwendig befunden wird, gegen die polnischen Aufkührer einzusetzen, beantwortet hat. Die französische Regierung erklärt, daß General Le Rond Befehle erhalten hat, mit den Engländern und Italienern zusammenzuwirken. Sie macht jedoch gewisse Vorbehalte.

Oppeln, 11. Juni. In Gleiwitz herrscht nach Eintreffen der englischen und der italienischen Truppen Ruhe und Ordnung. Englische Truppen passierten am 9. Juni, mittags, auf 83 Lastautos Malopane in der Richtung auf Stanly. Man kann daraus schließen, daß die Engländer mit größeren Kräften im Vormarsch begriffen sind.

Vorbereitungen der Polen für eine Mobilisierung?

Wentzen, 11. Juni. Eine Verfügung der obersten Leitung der Insurgenten an alle Gemeindevorstände des von den Insurgenten besetzten Großes ordnet die sofortige Anlegung von Rekrutierungslisten der Jahrgänge 1892 bis 1901 an.

Eine Unterredung Voucheurs mit Rathenau?

Berlin, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Petit Parisien meldet, daß die Reise Voucheurs nach Wiesbaden einer Zusammenkunft mit Walter Rathenau glich. Es ist das erstemal seit dem Kriege, daß ein französischer und ein deutscher Minister eine Aussprache haben. Wie der Sonderberichterstatter, den das Blatt nach Wiesbaden entsandt hat, erzählt, nimmt man an, daß die beiden Wiederaufbauminiister über die sogenannte Indegziffer verhandeln, die nach den Londoner Abmachungen als Abgabe von 20 Prozent auf die deutsche Ausfuhr festgesetzt war. Ferner dürften die Preise für die deutschen Holzhäuser erörtert werden.

Ob die Meldung des Petit Parisien von einer bevorstehenden Zusammenkunft Voucheurs mit Rathenau zutrifft, muß noch abgewartet werden. Das W. T. B. hat ähnliche Gerüchte, die von einer solchen Zusammenkunft wissen wollten, die allerdings schon stattgefunden haben sollte, demüthigt.

Eine belgische Okkupationsarmee.

Brüssel, 10. Juni. Die besondere Okkupationsarmee, die ab 1. August gebildet werden soll, soll bestehen aus Infanterie, Artillerie und Kavallerie, aus 2 Kompanien Radfahrer und aus einer Pionierabteilung. Zu gleicher Zeit sollen in Eupen und Namend Garnisonen errichtet werden. In jeder dieser beiden Städte soll je ein Bataillon gelegt werden.

Die internationale Abrüstungskonferenz.

Washington, 11. Juni. (Neuer.) Von mehreren Regierungen, an die die Vereinigten Staaten kürzlich eine nichtformelle Einladung zu internationalen Verhandlungen über die Abrüstung gerichtet hatten, und ebenfalls nichtformelle in günstigem Sinne gehaltene Antworten eingegangen.

London, 11. Juni. Times meldet aus Washington, daß Präsident Harding dem starken Verlangen nach Sparlichkeit, das sich in den Vereinigten Staaten bemerkbar macht, fahrgelassen, wie man am liebsten bald Schritte tun werde, um eine Konferenz mit Großbritannien und Japan zum Zwecke der Rüstungseinschränkung einzuuberufen.

Die amerikanischen Finanziers unterwerfen sich Harding.

London, 11. Juni. Aus Washington wird vom 11. gemeldet: Es verlaute, daß eine Gruppe von Bankiers der amerikanischen Regierung die Versicherung gegeben habe, daß die Genehmigung der amerikanischen Behörden bei allen künftigen Geschäften, die die Weltfinanzlage berühren, eingeholt werden wird.

Eine neutrales Schiedsgericht über eine U-Boot-Feindseligkeit.

Bern, 10. Juni. Der schweizerische Bundesrat ist ersucht worden, in der Entschädigungsfrage für den während des Krieges von einem deutschen U-Boot versenkten holländischen Dampfer Lubantia, der durch den Schiedspruch einer Kommission erledigt werden soll, einen neutralen Obmann zu ernennen. Mit diesem Amt wurde der Bundesrat Hoffmann-St. Gallen betraut.

Berlin, 11. Juni. Die aus Bern gebrachte Drahtmeldung über die Angelegenheit des holländischen Dampfers Lubantia, der während des Krieges gesunken ist, ist in wesentlichen Punkten unrichtig. Wie bereits früher mitgeteilt, handelt es sich um eine internationale Untersuchungskommission im Sinne des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907, deren Aufgabe in der Feststellung der Ursache des Unterganges der Lubantia besteht. Richtis ist, daß zum Vorsitzenden dieser Kommission der Bundesrat Hoffmann von der schweizerischen Bundesregierung ernannt wurde.

Aufhebung von Ausnahmegerichten.

W. T. B. meldet: Die außerordentlichen Gerichte in Krnsberg, Dortmund, Elberfeld, Münster, Wesel, Stendal, Altona, Flensburg und Reiningen sind, wie dies der Reichsminister der Justiz im Reichstag in Aussicht gestellt hatte, aufgehoben worden. Die Aufhebung weiterer außerordentlicher Gerichte soll bevorstehen.

Wenn die Regierung glaubt, mit dieser teilweise Aufhebung der Sondergerichte die in der Arbeiterkassette von Tag zu Tag wachsende Erbitterung und Empörung über die Nachschüttel dämpfen zu können, so irrt sie sich sehr. Die Arbeiterkassette fordert einmütig, daß die Ausnahmegerichte unverzüglich beseitigt werden, daß alle Ausnahmegerichte sofort verschwinden, daß der Ausnahmezustand sofort aufgehoben wird und die Opfer der Nachschüttel amnestiert werden.

Ein abgeflagener Vorstoß der Reaktion.

Halle, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Auf die für die Arbeiterkassette ungünstigen Wirkungen des verunglückten Kommunistenputzes jputulierend, hatten die bürgerlichen Parteien die Ungültigkeitserklärung der am 20. Februar d. J. stattgefundenen Wahlen zum Kreisstag für den Mansfelder Kreis durchgesetzt, so daß Neuwahlen vorgenommen werden mußten. Die gestern stattgefundenen Wahlen haben die Hoffnungen der bürgerlichen Reaktionskräfte, die sich von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten zu einem Ordnungsblock vereinigten hatten, zunichte gemacht. Es wurden abgegeben für die U.S.P. 3334, für die Rechtssozialisten 4635, für die Kommunisten 6719, für das Zentrum 1007 und für die vereinigten Bürgerlichen 9560 Stimmen von den 26 Mandaten des Kreisstages erhalten die U.S.P. 3, die Rechtssozialisten 5, die Kommunisten 7, das Zentrum 1 und der bürgerliche Ordnungsblock 10. Im neuen Kreisstage stehen demnach 15 Arbeitervertretern 11 bürgerliche gegenüber. Gegenüber der Wahl vom Februar gewinnt die U.S.P. 1929 Stimmen, die U.S.P. 752, während die U.S.P. 11 427 Stimmen verloren hat. Die Bürgerlichen haben 3340 Stimmen eingebüßt. Die Wahlbeteiligung betrug infolge der Teilnahmlosigkeit ehemals kommunistischer Arbeiter wegen der Wirkungen des Ausnahmezustandes nur etwa 50 Prozent. Aus einigen kleineren Orten liegen die Ergebnisse noch nicht vor, doch können diese an dem Gesamtergebnis nichts mehr ändern. Der Wahlausfall bedeutet für die Kommunisten eine schwere Niederlage, für die hoffnungsvollen Reaktionskräfte aber eine bittere Enttäuschung.

Der italienische Beamtenstreik beendet.

Rom, 11. Juni. (Stefani) Infolge der feindseligen Haltung der Bevölkerung und der energischen Maßnahmen der Regierung flaut die Bewegung der Angestellten ab und ist jetzt nur auf einige Provinzen beschränkt. Der Minister hat einem Geheimpolizisten über die Reform der Verwaltung und Neuregelung der Gehälter der Angestellten zu. Das Streikkomitee der Staatsangestellten beschloß heute morgen um 4 Uhr, den Streik einzustellen, in der Erwartung daß die mit der Regierung entstandenen Differenzen vom Parlament gelöst werden.

Ein irisch-russischer Vertrag.

London, 13. Juni. (L. U.) Das Weißbuch, das die englische Regierung über den Vertrag der Sowjetrepublik mit der irischen Republik herausgegeben hat, teilt mit, daß der Vertrag fünfzehn Artikel enthält. Die beiden Republiken verpflichten sich, mit aller Kraft für die Anerkennung der Souveränität der beiden Länder zu arbeiten. Beide Länder wollen in einen Völkerbund mit gleichberechtigten Nationen eintreten. Die Vereinbarungen über die Handelsbeziehungen beschränken den Handel zwischen Rußland und Irland auf Firmen, die von den Sinnfeinern bezeichnet werden.

18. Genossenschaftstag.

Heute, Montag, 13. Juni, tritt in Baden-Baden der 18. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zusammen, der eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hat. Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Konsumgenossenschaften ist in jedem Jahre ein immer größerer, je mehr wir zu der notwendigen Umformung unserer heutigen Wirtschaftsordnung kommen und aus der kapitalistischen Wirtschaft die sozialistische Gemeinwirtschaft entsteht. Bei dieser hohen Bedeutung der Genossenschaften für unser Wirtschaftsleben dürfte die Tagung der stärksten Verbraucherorganisation, des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der fast 3 Millionen Mitglieder umfaßt, besonderes Interesse hervorrufen.

Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen vierzehn Punkte, darunter neben den üblichen Berichten verschiedene wichtige Resolutionspunkte. So wird der Generalsekretär des Zentralverbandes, Heinrich Kaufmann, die Frage der Errichtung von Konsumkammern behandelt, und über die Fleischversorgung der Mitglieder der deutschen Konsumgenossenschaften wird der Geschäftsführer der Großverkaufsgesellschaft, Werling, sprechen. Die Neutralität der Konsumgenossenschaftsbewegung wird der Redakteur der konsumgenossenschaftlichen Rundschau, August Rasch, erörtern. In früheren Jahren ist um diese Frage lebhaft gestritten worden. Es ist nicht recht klar, warum sie gerade jetzt zur Beratung gestellt wird; wahrscheinlich dürfte es bei ihrer Behandlung zu Meinungsverschiedenheiten kommen.

Der Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung dürfte am 1. Januar 1921 eine Mitgliederzahl von mindestens (genaue Zahlen liegen noch nicht vor) 3 800 000 aufweisen. Davon entfallen auf den Zentralverband allein 2 714 100 Mitglieder. Von den übrigen genossenschaftlichen Zentralverbänden hat nur der „Allgemeine Verband“ größere Bedeutung. Seit dem Jahre 1903 bis 1918 zeigt die Mitgliederzahl der eingetragenen Konsumgenossenschaften ein Anwachsen von rund 800 000 auf 2 850 000. Eine solche Entwicklung kann als gewaltig bezeichnet werden. Den größten Anteil an dieser erfreulichen Entwicklung hat der Zentralverband deutscher Konsumvereine. In den 18 Jahren seines Bestehens hat sich die Zahl der ihm angeschlossenen Organisationen von 685 auf 1 320 gesteigert. Die Zahl der diesen Vereinen angeschlossenen Mitglieder ist von 675 449 auf 2 724 704 gewachsen. (Im Berichtsjahre 1920 betrug die Steigerung rund 400 000.) Der Gesamtumsatz dieser Organisation betrug im Jahre 1908 176 Millionen und ist bis zum Jahre 1920 auf 4 233 Millionen Mark angewachsen. Der Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren erfuhr eine Steigerung von 15 Millionen Mark auf 560 Millionen Mark. Das eigene Kapital vermehrte sich von 18 Mill. Mark auf 191 Millionen Mark, das fremde Kapital von 22 Millionen Mark auf 590 Millionen Mark.

Das Geschäftsguthaben der Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stieg im Jahre 1920 von 55,1 Millionen Mark auf 80,8 Millionen Mark. Auch die Reserven und Spezialreserven zeigen absolut einen erfreulichen Zuwachs, nämlich von 27,3 Millionen Mark auf 32,3 Millionen Mark und von 22,0 Millionen auf 28,5 Millionen Mark. Die Spareinlagen der Mitglieder sind in einem Maße gewachsen, wie in keinem Jahre zuvor, nämlich von 271 Millionen Mark auf 359 Millionen Mark. Das ist ein Zuwachs von nicht weniger als 128 Millionen Mark. Was das bedeutet, ist daraus zu erkennen, daß im Jahre 1917 der Gesamtbetrag der Spareinlagen nur 121 Millionen Mark betrug. Für die Kapitalbeschaffung der Konsumvereine ist dieses Wachstum der Spareinlagen sehr erfreulich, weil in der Not ein Teil davon als Betriebskapital dienen muß. Es beweist aber auch das steigende Vertrauen der Mitglieder zur Genossenschaft. Die genannten Zahlen legen Zeugnis ab von einer gesunden Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. — Heber die Verhandlungen des Genossenschaftstages werden wir berichten.

Von Nah und Fern.

Schweres Automobilunfall. Cham, 11. Juni. Auf der Staatsstraße Willhofen-Mtendorf (Oberfal) ereignete sich gestern ein schweres Automobilunfall, bei dem zwei Personen getötet wurden. Die übrigen vier Insassen kamen mit dem Schrecken davon. Das Unglück soll durch zu rasches Bremsen in einer Kurve und durch Ueberfahren des Autos verursacht worden sein.

Feuer in einem spanischen Salen.

El Ferrol, 11. Juni. (Havas) Drei Salenmagazine wurden durch einen Feuerschritt zerstört. Der Schaden wird auf eine halbe Million Pesetas geschätzt.

Schweres Eisenbahnunglück in Spanien.

Madrid, 12. Juni. Ein Schnellzug ist bei der Station Villaverde mit einem Personenzug zusammengestoßen. 14 Personen sollen getötet, eine größere Anzahl verwundet sein.

Zum Untergang des Dampfers Subulina.

Paris, 12. Juni. Die Agence Havas erklärt in einer Depesche aus Athen die Nachricht, daß beim Untergang des Dampfers Subulina 238 Menschen umgekommen seien, für unbegründet. Der Dampfer habe 24 Mann Besatzung und nur 5 Passagiere und zwar griechische Offiziere und Soldaten an Bord gehabt. Ein Teil der Besatzung habe sich retten können.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

E. G. Frey in Leipzig.

Berantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Bille, Vorsektor-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchverlagsanstalt, Leipzig

Das Aufhärbemittel für alle farbigen Schuhe

Färbol

mit in „Friedensqualität 1921“

wieder in Drogen-, Leder- und Schuhgeschäften zu haben.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Gegen das Mordregiment und gegen die Reaktion in Bayern u. dem übrigen Deutschland

beruft der Hauptvorstand der U. S. P. D. in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftskartell Leipzig für

Dienstag, den 14. Juni, nachmittags 5 Uhr, eine große

Demonstrations-Versammlung

nach dem Saale des Zoologischen Gartens, Pfaffendorfer Straße, ein.

Referent ist Reichstagsabgeordneter **Dittmann, Berlin.**

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Die reaktionären, konterrevolutionären Elemente holen zum Schlage aus. Bayern zeigt nur den ersten Versuch. Eure bisherigen Errungenschaften sind in Gefahr, zeigt, daß Ihr nicht willens seid, Euch talentlos unter die Fuchtel der Reaktionäre zu beugen, besucht diese Massenkundgebung und beweist damit Eure Solidarität mit der gesamten bayrischen Arbeiterschaft.

Der Hauptvorstand der U. S. P. D. Groß-Leipzig.
Das Gewerkschaftskartell Leipzig.

U. S. P. D. Alt-Leipzig

Dienstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr
im Volkshaus:

Wichtige Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag.
2. Stellungnahme zur Landesversammlung.
3. Unser Sommerfest.
4. Verschiedenes.

Wir erwarten zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Ortsverein L.-Ost.

(U. S. P. D.)

Für die in unserem Vereinsbereich liegenden einzelnen Ortsteile finden wiederum

4 Bezirks-Versammlungen

statt, und zwar für

Anger u. Reudnitz am Dienstag, d. 14. Juni, abends 8 Uhr, im II. Saale der Drei Mühlen. Thema: Der Reichswirtschaftsrat. Referent: Gen. Heinrich Reber.

Vollmarsdorf am Freitag, d. 17. Juni, abends 8 Uhr, im II. Saale v. Kahlers Festh. Thema: Der Reichswirtschaftsrat. Referent: Gen. Heinrich Reber.

Neußadt u. Neuschönefeld am Freitag, d. 17. Juni, abends 8 Uhr, im Sophienstädtchen. Thema: Materialistische Geschichtsauffassung. Ref.: Gen. Ernst Frenzel.

Sellerhausen am Donnerstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, i. d. Gildenen Aue. Thema: Materialistische Geschichtsauffassung. Referent: Gen. Ernst Frenzel.

Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr Beginn der Diskussionsabende

im kleinen Saale von Kahlers Festh.

Zahlreiche Beteiligung an allen Veranstaltungen erwartet. Der Vorstand.

Die Praxis der Außenhandelsstellen vergrößert die Arbeitslosigkeit!

Wernal Kernseife
Tadellos Seifenpulver
Ozean Toilette-Feife
Tulipan Blumen-Feife
Schmier-Seifen

MITTELDEUTSCHE SEIFENFABRIKEN
ACTIENGESellschaft LEIPZIG-WAHREN.
Generalvertreter für Leipzig: **Paul Hübnor**, Leipzig
Bayersche Straße 39. Telefon 11061.

Vorträge für Hausfrauen Vorträge

Am Dienstag, 14. Juni, nachm. 3 Uhr, und abends 7¹/₂ Uhr im Volkshaus, Löhstr. 7, praktische Vorführung der Sparlampen, viel Zeit ersparenden, modernen Gas- und Koch-Apparate u. a.

Kochen eines Mittagessens mit nur 35 Wg. Gas unter der Columbus-Dampfhaube.
5 Speisen übereinander braten auf nur einer Flamme unter der Columbus-Dampfhaube schneller fertig wie bisher auf 4 Flammen.
Braten im eigenen Saft unter der Columbus-Dampfhaube.
Baden eines Haarfuchens mit nur 25 Wg. Gas unter der Columbus-Dampfhaube.
Sterilisieren von 5 Gläsern mit nur 30-40 Wg. Gas unter der Columbus-Dampfhaube.
Eis unter der Columbus-Dampfhaube in 1/4 Stunde von selbst fertig ohne Rühren.
Kaffee unter der Columbus-Dampfhaube hocharomatisch und fein.
Heißes Wasser umsonst unter der Columbus-Dampfhaube.

Man komme und schaue. Wer in der Columbus-Dampfhaube kocht, brät, bäd und sterilisiert, kann während der Zeit spazieren gehen und spart Gas.

— Eintritt frei — Kostprobenverteilung —
Referierte Plätze kostenlos bei „Thüna“, Ditttrichring 15.

Die Zahl der Fußkranken

weist eine enorme Zunahme auf. Es kommt dies daher, weil man den Schuhmachermeister, den Fachmann in der Bekleidung der Füße, vergessen hat. Er allein ist in der Lage, das Ihrem Fuße entsprechende richtige Schuhwerk zu liefern. Gehen Sie deshalb zum Fachmann, nur dieser kann Ihren berechtigten Anforderungen gerecht werden. In bezug auf Dauerhaftigkeit und Puffform wie auf Material wird er stets das Beste für seine Kundenschaft wählen.

Ganz besonders gilt dies auch bei leidenden Füßen, denen weder fertig gekaufte Stiefel noch Einlagen Hilfe und Linderung bringen können. Hier hilft nur der individuell nach dem betreffenden Fuße angefertigte Maßstiefel, und wer es irgend möglich machen kann, sollte zu ihm greifen.

Bei Reparaturen lassen Sie sich nicht durch billige Angebote von Wulstern irreführen. Gute solide Arbeit liefert der Schuhmachermeister, welcher durch Güte des Materials und Ausführung immer der Billigste sein wird.

Schuhmacher-Innung zu Leipzig

Hausfrauen!

Jurgens & Prinzens Margarine-Fabrikate
obenan Welt deshalb fordert ein-Spezial-Marken
in der zig und allein deren

Solo-

Margarine
als besten Ersatz für

Butter

und
Pflanzen-Butter-Margarine

Cocosa

In allen Molkerei-, Butter-, überhaupt Nahrungsmittel-Geschäften und den Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben.
Fabrik-Lager: **Eduard Brade, Leipzig.** — Kontor: **Montbestr. 4.** — Lager **Brandenburger Str. 4.** — Fernspr. 2265.

Sieghafte Schönheit

und blühende Gesundheit, gesunde Hautfarbe, blütenreines Gesicht, gute Körperformen, geundes, glänzendes Haar, wie sie erworben und erhalten werden, wie dagegen der unreine Teint, die graue, gelbe, faltige Haut, des schlechte Haar, die anfangslosen, müden Augen, große Magerkeit und Korpulenz, Schwäche und Entartung und besonders vorzeitiges Altern möglichst verhindert werden, darüber reden **morgen und Mittwoch**, abends 8 Uhr, **lehrreiche Vorträge** hält im Schauspielhaus, Vorderhaus, 2 Treppen. Eintritt für Nichtmitglieder Mt. 1.50, Gäste willkommen.
Verein für Lebens- und Seilun: „Reform“ e. V.

Walthor Hienfong-Essenz
Echte Extrakt-
starke
(Bealt) 12 Fl. 25 Mk., 84 Fl. 60 Mk. In Apoth., Drogerie, sonst dir. v. Laboratorium E. Walthor, Halle a. S. Trotha 106.

Reparaturen an Uhren jed. Art nur strengste Ausführung u. unt. Garanti. bei **Gustav Kaniss** **Uhrmach., Tauchaer Str. 6.**

Gegen Würmer
hat sich **Wurm-Eind** als Abwehrmittel für Gew. und Kinder vorzüglich bewährt. Nur echt **König Salomo-Apothek.** Leipzig.

Apollo-Theater

(früher Stadt Nürnberg) direkt am Bayerischen Bahnhof. — Telefon 11 111.

Täglich abends 8¹/₂ Uhr:
Die großen **Entscheidungs-Ringkämpfe**
um die **Europa-Meisterschaft**

Heute ringen:
Görner gegen Pichler
Entscheidungskampf: Sauerer gegen Krauss
Entscheidungskampf: Hissmann gegen Wegner

Ausserdem: **Der grosse Varieté-Spielplan.**
5 erstklassige Attraktionen.

Vorverkauf: Tagesk. Bayr. Str. 8-10, Tel. 11111. Warenh. Th. Althoff, Petersstr. Sammelkasse.

Der Schatz im Kleiderschrank

„Mottentablette“ tötet restlos **Motten** und **Jorenmaden**. Alle bisherigen Mittel überaus gefährlich, da 10mal länger anhält. Kein anhaltender Geruch. Sicherster Schutz gegen **Mottenfrass**. Preis Mk. 5.50. Erhältlich bei **A. Zander**, Drogerie, Klosterstrasse 11. **E. Zschiesche**, Drogerie, Dufourstrasse 13. **A. Niedlich Nachf.**, Drogerie, Burgstrasse 10. **Joh. Oehmig**, Drogerie, Berliner Str. 6.

Turnschuhe

mit guter Ledersohle

27/30	31/35	36/39	40/46
16.50	17.50	24.50	28.50

Werkstattsschuhe in allen Größen, Gelegenheitskauf, 38-46 **10.50.**
Leder-Sandalen gut und billig. Für Händler Rabatt.

Schuhgeschäft Gerberstraße 5.

Habe die Praxis meines verstorben. Vaters, des Herrn **Sanitäts-Rat Dr. Emil Hoepfner** übernommen.
Dr. med. Otto Hoepfner, prakt. Arzt.
Leipzig-Roßnitz
Friedrich-Wilhelm-Str. 1. I. Sprechzeit: 8-9¹/₂, 1-2 Uhr.

Familien-Nachrichten

Dank. Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem schmerzlichen Unglücksfall unseres unvergesslichen einzigen Söhnchens **Waldemar** sagen wir allen hierdurch unsern herzlichsten Dank.
L. Connewitz, Scheffstr. 38, II.
In tiefem Schmerz **Richard Rogan und Frau.**

Am 12. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden im blühenden Alter von 25 Jahren mein lieber, herzenguter Sohn, unser lieber Bruder und Schwager, mein uergergehlter Bräutigam
Hermann Wächter.
Dies zeigen schmerz erfüllt an
Emilo verw. Wächter, Willy Wächter, Arno Irmischer und Frau geb. Wächter, Familie Nehring, Martha Liebmann als Braut.
Beerd. Mittw., 15.6., 1/2, v. Trauerh., Schön. Weg 26, aus.

Nach langem, qualvollem, in Geduld ertragenem Leiden verschied heute, am 12. Juni, früh 2 Uhr, im 53. Lebensjahr mein herzenguter, treulorgender Ehegatte, der Tischler
Theodor Fassold.
Er ruhe nun in Frieden. Ehre seinem Andenken.
L. Lindenau, Angerstr. 1, am 12. Juni 1921.
In tiefster Trauer **Ida verw. Fassold geb. Dennhardt.**
Beerdig. 15. Juni, 12 Uhr, auf d. Lindenauer Friedhof.

Nach langem, schwerem Leiden verschied sanft und ruhig im 63. Lebensjahr am 12. Juni, früh 7 Uhr, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante
Frau Wilhelmine Rößler geb. Jahn.
Baunsdorf, Albertstraße 22.
In tiefster Trauer
Heinrich Rößler nebst Kindern u. a. u. Sinterbl.
Beerdigung Mittwoch, den 16. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Friedhofskapelle in Baunsdorf aus.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Parteiabteilung

findet morgen, Dienstag, den 14. Juni, abends nach der Ver- jamlung im kleinen Saale des Zoo statt, nicht in der S. B.

Groß-Leipzig. Morgen früh Flugblattverbreitung an den Straßenecken. Flugblätter sind beim örtlichen Vertrauensmann zu holen.

Leipzig. Heute, abends 8 Uhr, im Jugendheim Braustraße 17, Literarischer Abend.

Leipzig, Bezirk Westen I. Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr, Funktionärabteilung bei Donath. Die alten Funktionär- listen sind mitzubringen. Die Vertrauensleute.

Ortsverein Cosnewitz. Zeitungs- und Mitgliederkommission Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr, in der Bibliothek wichtige Sitzung.

Wühlig. Der Diskussionsabend am Dienstag, dem 14. Juni fällt aus. Treffpunkt zur Funktionärabteilung des Südbezirks 1/8 Uhr am Stern.

Nordbezirk. Morgen, Dienstag, den 14. Juni, abends 1/8 Uhr im Nikolausklub Funktionärabteilung.

Ortsverein Wahren. Montag, abends 1/8 Uhr, Besprechung der Funktionäre im Birkenhölzchen.

Ortsverein Sommerfeld, Engelsdorf, Naasdorf. Mittwoch den 15. Juni, abends 8 Uhr, Frauenabteilung im Guten Tropfen. Ferner erziehen wir die Mitglieder, bis Mittwoch abends von 6-7 Uhr sämtliche ausgegebenen Briefe zwecks Kontrolle abzugeben.

Gruppe 2, Bauindustrie. Dienstag, den 14. Juni, abends 7 Uhr, Gruppen-Vollversammlung im Volkshaus, Café Mitte Referent Architekt Gnosse Paris. 2. Neuwahl des Gruppenrates.

Gruppe 7, Holzindustrie. Mittwoch, den 15. Juni, abends 7 Uhr, Gruppen-Vollversammlung im Volkshaus, Gartensaal. Vortrag des Genossen Ingenieur Endmann. 2. Neuwahl des Gruppenrates.

Gruppenrat 11 und Untergruppenräte. Mittwoch, den 15. Juni, abends 7 Uhr, Zusammenkunft im Volkshaus, wichtige Tagesordnung.

Ein Gang durch die landwirtschaftliche Ausstellung.

Die deutsche Landwirtschaft zerfällt. Durch den Krieg ist sie zerrüttet worden und ein Aufbau erfolgt nicht. Im Gegenteil, Ackerland wird in Brach- und Weideland umgewandelt. Die Maschinenindustrie findet in der Landwirtschaft nicht genügenden Absatz, was selbst Landwirten schmerzhaft bezeugt. Wertvolle deutsche Erzeugnisse, die hier dringend gebraucht werden, wandern nach dem Ausland. Der deutsche Landwirt produziert das, was ihm am meisten Geld bringt. Er mäht Vieh und Schweine. Ein Teil der deutschen Schweine geht in der Gefahr von Dauerwürsten, Schinken, Speck ebenfalls nach dem Ausland. Für den deutschen unbemittelten Verbraucher wird ranziger Speck aus dem Ausland eingeführt.

Die Landwirte rufen nach völliger Freigabe der Wirtschaft. Die Getreidepreise sollen verdreifacht werden. Doch damit nicht genug. Der Führer des Reichslandbundes, Freiherr von Wangenheim, hat kürzlich in der Deutschen Tageszeitung das Programm dargelegt, unter welchen Umständen nach seiner Meinung die Landwirtschaft hochkommen könne. Er fordert Verlängerung der Arbeitszeit, „willige und nachhaltige Arbeit“, Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den gelben und christlichen Verbänden, Herabsetzung der Besitzsteuern, Vermehrung der indirekten Steuern und schließlich Sperrung der Grenzen „gegen den vernichtenden Wettbewerb des Auslandes“.

Der Arbeiter soll wieder völlig der Willkür der Unternehmer ausgeliefert werden. Er soll bei schmaler Kost für den „Herrn“ hart arbeiten und außerdem für ihn die Steuern bezahlen. So stellt man sich den „Auffstieg“ der Wirtschaft vor. Daß inzwischen andere Verhältnisse eingetreten sind, daß der Arbeiter nicht mehr das geduldige Arbeitstier sein will und sein kann, das leuchtet den Herren immer noch nicht ein. Der Aufbau der deutschen Landwirtschaft brennt uns inzwischen auf den Nerven. Wir müssen mehr Nahrungsmittel produzieren, wenn nicht weit entfernten der Bevölkerung langsam vorkommen sollen. Daß wir die Produktion erheblich steigern können, dafür bringt die 28. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Leipzig den besten Beweis.

Technik und Wissenschaft haben die Mittel geliefert, mit denen wir hochkommen können. Sie müssen nur angewandt werden und da hapert es. Zu einem großzügigen Aufbau der Landwirtschaft gehören, so wie die Dinge jetzt liegen, einmal die ganze Kräfte der Gesellschaft, und dann müssen die Arbeitsmittel, der Grund und Boden (in erster Linie der Großgrundbesitz) gesellschaftliches Eigentum sein. Solange der einzelne Großgrundbesitzer das unumschränkte Verfügungsrecht über seinen Grund und Boden hat, solange er allein bestimmt, ob und welche Produktionsmittel erworben werden, wie und in welchem Umfang produziert wird, solange er auf seinem Grund und Boden machen kann, was er will, ist an einen raschen Aufstieg der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht zu denken, solange werden auch die Werke der Technik und der Wissenschaft, die jetzt in Leipzig zu sehen sind, nicht voll ausgenutzt werden.

Wer die Wirklichkeit kennt, wer weiß, wie sehr die Landwirtschaft vor der Profiteur-Hand niedergehalten wird, der sieht erst recht ein, wie notwendig die Sozialisierung der Landwirtschaft ist. Und wenn auch diejenigen, die diese Ausstellung aufgebaut haben, die schroffen Gegner des Sozialismus sind, so haben sie doch wertvolle Vorarbeit für die Sozialisierung geleistet.

Die Ausstellung wird am Donnerstag, dem 16. Juni, eröffnet werden. Am Sonnabendnachmittag unternahmen die Vertreter der Presse einen Rundgang durch die Ausstellung. Es war noch vieles nicht fertig, nicht zu sehen. Erst wenn die Maschinen im Gang sind, wenn alle Erzeugnisse ausgestellt sind, wird man einen Einblick in die Leistungen der Technik und der Wissenschaft erhalten.

Auf dem Gelände der Bugra an der Reichenhainer Straße befindet sich die Schau. Auf einem riesigen Terrain sind viele laufende Produktionsmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse ausgestellt. Sehr gut sind für die Ausstellung die alten Hallen, insbesondere der Beton-Kuppelbau der Bugra zu verwenden gewesen. Neben dem Eingang links befindet sich die Polizeiwache nebst den erforderlichen Arrestzellen. Nicht weit davon ist das Verwaltungsgebäude der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft, in dem ein großer Versammlungsraum vorhanden ist, der in den nächsten Tagen von den Landwirten reger in Anspruch genommen werden wird. Den ersten Raum der Ausstellung nehmen die landwirtschaftlichen Maschinen ein, von denen gegen 8000,

darunter viele Neubauten, von bekannten Industriellen zur Schau gestellt worden sind. Im Betonkuppelbau sind die Erzeugnisse zu sehen. In einer Kleintierabteilung (das große Vieh fehlt!) werden Gelfische und Kaninchen gezeigt. Ziegen und Hunde (Schäfer- und Polizeihunde werden vorgeführt!) sind gleichfalls ausgestellt für Fische ist ein Aquarium gebaut. Mit einer großen Anlage sind die Superphosphatwerke vertreten, und eine besondere Sehenswürdigkeit hat das Kalisalzbad aufgestellt. Es hat die Imitation eines Kalisalzbergwerkes erbauen lassen. Der Besucher glaubt, unter der Erde, in einem Salzwerk zu sein. Der Film liefert hier vorzügliche Dienste; er ist ebenfalls eingebaut und man kann auf der Leinwand sehen, wie eine Kalisalzagerstätte abgebaut wird.

Von Interesse für die Leipziger ist die Sonderausstellung des Rats der Stadt Leipzig, die zunächst einen Einblick in die selbst bewirtschafteten sowie in die verpacketen Güter gewährt. Auch die Einrichtungen der Kläranlage, der Klärvorgang (Abwasser, Abwasserzulauf zur Kläranlage, Brennstoffverbrauch, Klärrückstände) sind zu sehen. Ebenso ist dargestellt die Zusammensetzung und Verwertbarkeit des Klärschlammes, die Pflanzen-Düngeversuche mit Klärschlamm, mit Klärschlamm und Phosphordünger, mit Klärschlamm und Kalk, mit Klärschlamm, Phosphorsäure und Kalk. Dann zeigt das Futtermittelamt das Kraftstrohfuttermittel, die Ertragsanstalt. Die Gartenverwaltung, die Stadtgärtnereien, der Vieh- und Schlachthof, die Markthalle, die Chemische Untersuchungsanstalt, die Milchhygienische Untersuchungsanstalt und Kindermilchfabrik sind mit bildlichen Darstellungen und Präparaten vertreten. Die Leipziger Sonderausstellung ist besonders wichtig für die Kommunalschritte: Sie wirkt ausgezeichnet für die Kommunalschritte.

Als weitere Gruppe nennen wir die Sonderausstellung „Elektrizität in der Landwirtschaft“, die der landwirtschaftlichen Produktion neue Wege weist. Dann sind die Glasverarbeitung, das Baumwesen vertreten. Ein Darfilm zeigt die Ergebnisse der Tierzucht und bietet Unterhaltung für das Land. Die Landwirtschaft weiß, welchen Nutzen ihr der Lichtfilm bietet. Deshalb pflegt sie ihn. Die Vorführung der Kraftstühle auf einem Teil des Geländes ist vorgesehen. Es werden Hauptprüfungen von Düngemitteln, Kartoffelschicht- und Kleinbreitmaschinen stattfinden. Auch ein Preiswettbewerb mit Schäferhund wird veranstaltet werden. Ebenso werden unter Führung von Sachverständigen Ausflüge nach den landwirtschaftlichen Musteranstanlen stattfinden. Es werden besucht werden Saatgutwirtschaft, Obst- und Gemüsegewächshäuser, Weidewirtschaften, Rindviehzuchtgenossenschaften, Stammschäfererei, eine Sühprefuturanlage, ein Braunkohlen- und Mineralölwerk und ein Mastrotterhof. Auf der Ausstellung selbst werden Reis- und Fruchtturniere stattfinden. Wein- und Bierwirtschaften sowie ein Musikpavillon sind auch vorhanden.

Die Ausstellung hat sicherlich große Kosten verursacht. Die Eintrittspreise sind daher hoch. In den ersten drei Tagen wird der Eintrittspreis 13 Mk. betragen, am Sonntag wird ein Eintrittspreis von 7 Mk. erhoben, und erst in den letzten beiden Tagen ist ein Eintrittspreis von 5 Mk. zu bezahlen. Selbst dieser Preis wird vielen Arbeitern unerschwinglich sein, so daß die sehr lehrreiche Ausstellung leider nur zu häufig im wesentlichen eine Stätte für die Besitzenden sein wird.

Wenn Schulkinder bei geschlossenem Führen der Ausstellung besuchen, beträgt der Eintrittspreis für ein Schulkind ein Mk. Müssen daher die Schulen die Ausstellung beschließen. Wir behalten uns vor, auf Einzelheiten noch zurückzukommen.

Keine Kaspilicht der Stadt wegen der Unweterschäden.

Bei dem Unwetter, das am 27. Mai über Leipzig hereinbrach, wurde sehr großer Schaden dadurch angerichtet, daß das Wasser von den Schloten nicht gefast werden konnte. Keller und Strafen überfluteten, wobei viele Waren, die in Kellern lagerten, beschädigt oder vernichtet wurden. Von den Beschädigten wird nun die Frage erörtert, wer für den Schaden verantwortlich gemacht werden kann. So veranstaltet z. B. der Verein der Buchhändler Leipzigs unter seinen Mitgliedern eine Umfrage über den entstandenen Schaden, um die Möglichkeit zu erwägen, ob vielleicht ein Schadenersatzanspruch mit Erfolg geltend gemacht werden kann. Der Rat der Stadt hat sich in seiner letzten Sitzung ebenfalls mit dem Wasser- schaden beschäftigt. Man nahm Kenntnis von dem Bericht des Leiters des städtischen Tiefbauamtes über die Folgen des am 27. Mai d. J. insbesondere über den östlichen Teil des Stadtgebietes niedergegangenen Wolkenbruchs und über die dadurch eingetretenen mannigfachen Schäden. Es wurde festgestellt, daß die Intensität des Regens das Maß dessen erheblich überschritten hat, das der Berechnung der Leipziger Schloffennehes zugrunde gelegt ist, und das bisherweise der Bemessung von Schloten auch in anderen Städten zugrunde gelegt zu werden pflegt. Infolgedessen waren Stauungen innerhalb der Schloten und teilweise Überflutungen von Strafen unausbleibliche Folgen. Ein Umbau des Schloffennehes auf Abmessungen, die auch einem derartigen Wolkenbruch genügen würden, wäre aus technischen und wirtschaftlichen Gründen unausführbar. Derartige Ereignisse kommen in allen Städten hin und wieder vor und müssen als Ereignisse höherer Gewalt mit in Kauf genommen werden. Eine Kaspilicht der Stadt für die am 27. Mai infolge des heftigen Unwetters eingetretenen Schäden kommt daher nicht in Frage.

Die Heiligkeit der bürgerlichen Ehe!

Der Leipziger Kriminalpolizei ist es gelungen, eine Gesellschaft von Betrügern zu verhaften, die für das zahlungsfähige Publikum Seitens mit abligen Personen und Adaptionen durch Kluge vermittelten. Diese Vermittlung ist sonst in der bürgerlichen Welt ein adäquates Geschäft, denn so ein Hineinheiraten in die „höheren Gesellschaftskreise“ ist doch das Beglückendste, was sich die bürgerliche Familie männlichen und weiblichen Geschlechts vorstellen kann. Daß die „Heiligkeit der Ehe“ in die gefühllose bare Zahlung umgewandelt ist, hätte also der Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten gegeben. Aber die Vermittler haben im vorliegenden Falle dem Bedürfnis ihrer Klienten auf eigene Faust etwas zu plump nachgeholfen. Nicht, weil sie gefälscht und betrogen haben — eine solche Ehe ist doch von vornherein Fälschung und Betrug — sondern, weil sie sich nachweisbar gefälschte Papiere bedienten, kamen sie mit der Kriminalpolizei in Konflikt. So eine Standesehe, die sich auf gefälschte Papiere stützt, ist eine Elterbeule am Gesellschaftskörper: Kriminalpolizei, Strafsgefängnis! Eine Ehe aber, die aus gleichen Motiven, jedoch mit echten Papieren geschlossen wird, ist „standesgemäß“, hochachtbar und das Ziel der zahlungsfähigen. Es geht doch nichts über die Heiligkeit der bürgerlichen Ehe! Sie spiegelt den Sumpf der kapitalistischen Gesellschaft getreulich wieder.

Der Volkzbericht lautet:

Der Leipziger Kriminalpolizei ist es gelungen, eine Anzahl Personen ungeschädlich zu machen, die sich seit langem gemeinschaftlich mit der Vermittlung von abligen Namenshehen unter Anwendung gefälschter Geburts- und anderer Urkunden sowie gefälschter behördlicher Stempel befaßt haben.

Die Hauptbeteiligten, der geschiedene Rechtskonsulent Ewald von Häuser, geboren 1889 in Berlin, und der verheiratete Kaufmann und Darlehensvermittler Paul Danziger, geboren 1893 in Elberfeld, lernten sich in den letzten Kriegsjahren in der Garnisonkompanie Zillerbo kennen und beschloßen, durch Eingehung falscher Ehen ihre Einkünfte zu erhöhen. Den ersten Versuch unternahmen sie mit den Papieren eines der Kompanie angehörenden abligen Hamburger Schiffers, die sich Danziger als da-

maltiger Kompagnieschreiber zu beschaffen wußte. Mit entwendeten Militärstempeln fälschten sie Heiratsverlaubnisse usw., und als ihnen der erste Fall geclückt war, begannen sie, unter Hinzuziehung eines weiteren Kameraden, das „Geschäft“ auszubauen.

Häuser ließ sich in einer Berliner Druckerei Geburtsurkundenformulare drucken, und mit einem falschen Ausweise, der mit einem echten behördlichen Stempel versehen wurde, verstand es Danziger, unter Beihilfe des v. Häuser, sich in das Vertrauen eines Berliner Stempel-fabrikanten einzuschleichen. Dieser nahm keinen Anstoß daran, dem „Herrn Standesbeamten“, als der Danziger auftrat, Stempel der verschiedensten deutschen Standesämter nach echten Stempelabzügen anzufertigen. Die als Vorlage dienenden echten Stempelabzüge lieferte zum Teil von Häuser, dem die Beschaffung dieser Abzüge, als Angestelltem eines Berliner Detektiv-Inkasso- und Auskunfts-bureaus, ein leichtes war. Unter Verwendung dieses vorzüglichen Materials und mehrerer gefälschter militärischer Kopfstempel wurde nunmehr unter Heranziehung der Materie und Heiratsvermittlerin Anna v. Hohendorf geb. Puhar, ferner der Ehefrau des Danziger sowie eines früheren Apothekers Wilm Wolf aus Jüterburg in großem Maße auf allerlei höchstnennende adelige Namen darausslos gefälscht.

Frau v. Hohendorf erließ in den verschiedensten Blättern Heiratsannoncen auf Namenshehen, und es fanden sich viele heirats- lustige Damen, denen daran lag, ihren guten bürgerlichen Namen gegen Zahlung hoher Vergütungen mit den Namen alter Adels- geschlechter zu vertauschen. Zu den verschiedensten Preisen wurden „Grafen“, „Barone“ usw. angeboten. Der Landsturmann Danziger vertrat es, seiner Extrainform das Aussehen eines höheren militärischen Dienstgrades zu geben, und der Militär- apotheker Wolf beförderte sich selbst zum Leutnant d. R. In dieser Aufmachung, teilweise aber auch in Zivilkleidung, stellten Frau v. Hohendorf und Frau Danziger die Heiratskandidaten, die mit Papieren gut ausgerüstet waren, den „adelstunigen“ Damen vor, und nach Festlegung der Eheverträge, in denen teils die Einreichung der Scheidungsklagen nach drei Monaten zur Pflicht gemacht wurde (!), wurden meist schon wenige Tage später Kriegstraun- gen oder Nottraunngen vollzogen. Die Anfertigung der Urträge auf Ehescheidung geschieht sich natürlich der vielfachforderte Rechts- konsulent Ewald v. Häuser vor, und seine Fürsorge für seine Klientinnen ging so weit, daß in den Zuschriften, in denen die nunmehr abligen „Ehefrauen“ nach drei Monaten zur Einreichung der Scheidungsklagen gemahnt wurden, sogar die angeblichen Ehe- deutzugehörigkeiten mit Namen und Adressen genannt waren (!).

Danziger hat in nicht weniger als neun Fällen derartige Namenshehen geschlossen bzw. zu schließen versucht, während dem Apotheker Wolf bisher nur eine Fälschung und in einem zweiten Falle der Versuch der Abschließung einer solchen nachgewiesen werden konnte. v. Häuser und Danziger mit ihrem Anhang unter- hielten natürlich rege Verbindung mit vielen bekannten Heirats- vermittlerinnen. Die Leichtgläubigkeit, mit der infolge des vorzüglichen Urkundenmaterials die Schwindelmasche glückte, und schände Gewinnlust brachten schließlich den Ewald v. Häuser und Danziger auch dazu, noch weit einträglichere falsche Adaptionen in die Wege zu leiten und durchzuführen.

v. Häuser, der es zunächst meisterhaft verstand, sich aus der Schlinge zu ziehen, wurde nach seinen ersten Vernehmungen aus Leipzig flüchtig, ist dann aber einige Tage vor dem Pfingstfeste in einem Berliner Bororsnanatorium, in dem er mit seiner Braut unter falschem Namen wohnte, festgenommen und erneut nach Leipzig gebracht worden. Frau Danziger wurde nach einiger Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt, während sämtliche übrigen Beteiligten noch in Leipzig in Haft sind. Die betrogenen abligen „Ehe- frauen“ werden jetzt wohl oder übel ihre bürgerlichen Namen wieder annehmen müssen und behalten nur die schmerzliche Er- kenntnis übrig, daß sie einer äußerst raffinierten Betrügerge- sellschaft für nichts und wieder nichts teilweise nicht unerhebliche Heiratsprovisionen gezahlt haben.

Auf das Konto der festgenommenen kommen nach den bis- herigen Ermittlungen insgesamt ungefähr 17 bis 20 Fälschungen und falsche Adaptionen der gefälschten Urk. Alle Anzeigen deuten darauf hin, daß sich Ewald v. Häuser und Genossen noch weiterer Straftaten, vielleicht auch anderer Art, schuldig gemacht haben. Alle Personen, die Sachdienliches angeben können, sowie diejenigen, die sich durch die Betrügergesellschaft ebenfalls betrogen fühlen, bisher aber Anzeige noch nicht erstattet haben, werden gebeten, auf dem schnellsten Wege der Kriminalpolizei Leipzig Mitteilung zu machen, bei der Lichtbilder der festgenommenen ein- gesehen werden können.

Eine Sitzung der Stadtkorordneten findet am Mittwoch, dem 15. Juni, abends 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. be- raten über 2 Eingaben wegen der Umstellung von Hotelbetrieben, über die Uebernahme der Hochschule für Frauen in städtische Ver- waltung usw., über die Einführung einer Gewerbe- und einer Verbergerungssteuer, über Erhöhung der Grundsteuer, über Be- gründung der Stelle eines Kinderarztes beim Jugendamt, über den weiteren Vorschub an die Arbeiter-Kücheempfänger.

Krofolobistitäten. In einem Leitartikel gehen in der Montags- ausgabe die L. N. N. auf die große Sterblichkeit in Deutschland ein. Das Schandblatt ist „erschütterter“ von ihr. Das ist weiter nichts als Scheucherei, denn gerade dieses Organ gehört zu den Hauptschuldigen, die das Riesenebend herbeigeführt haben. Es hat zum Kriege gehetzt, während des Kriegs mit den verlogenen Mitteln das Durchhalten empfohlen, und jetzt tritt es unausge- sprochen für die Freigabe der Wucherwirtschaft ein, durch die die notwendigen Nahrungsmittel maflos verrentet werden, was zur Folge hat, daß Millionen der ärmsten Männer, Frauen und Kinder die erforderlichen Lebensmittel entzogen werden, so daß die Sterblichkeit noch mehr zunehmen muß. Was die L. N. N. schreiben, ist nichts als kraßes Phariseertum.

Stadtkinder in Wief auf Migen. Seit 1. Mai weisen 125 Leipziger Kinder in Wief auf Migen. Der dortige Flugzeugpilot wurde von der Reichsmarineverwaltung auf 3 Jahre gepachtet und in ein Kinderheim für sächsische Kinder umgewandelt. Er bietet Raum für 600 Personen. Die erste Gruppe ist bereits am Sonntag, den 12. Juni, mittags 1 Uhr 16 Minuten, nach Wüdö- jeger Erholungsakur wieder in Leipzig eingetroffen, während Wief II. Dienstag, den 14. Juni, nachmittags 1/2 Uhr, sich zur Abreise auf dem Hauptbahnhof (Ostseite) einführt.

49. Volksschule. Der Stetnabend findet heute, am 13. Juni, im Turnsaal der Schule statt. Nicht, wie in der Sonnabend- nummer angegeben wurde, Mittwoch.

Achtung, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene! Infolge be- stehend erhöhter Inanspruchnahme unserer Rechtsberatung haben wir diese wie folgt erweitert: Dienstag bis Freitag von 5-7 Uhr und Sonnabend von 3-5 Uhr. Für Hinterbliebene haben wir ganz besonders den Mittwoch vorgezogen, und die Beratung er- folgt durch Genossinnen. Für Verwaltungsangelegenheiten ist die Geschäftsstelle, Raumbörschen 8, nur Montags und Sonn- abends von 5-7 Uhr geöffnet.

Internationaler Bund der Kriegsoffer, Ortsgruppe Leipzig.

Wann sind die Finanzämter geöffnet. Von dem Finanzamt Leipzig-Mitte (!) wird uns mitgeteilt, daß mit Wirkung vom Montag, dem 13. Juni d. J., ab sämtliche 5 Finanzämter in Leipzig für den Verkehr mit dem Publikum nur noch geöffnet sind: Montags bis Freitags von 7 bis 1 Uhr, Sonnabends von 7 bis 12 Uhr.

Gewerbesteuer, äußerster Termin. Das bereits angekündigte Mahnverfahren beginnt am 17. Juni. Die Gewerbesteuer muß daher zur Vermeidung von Kosten bis Donnerstag, den 16. Juni, gezahlt werden.

Verkauf bei der Freibank. Dienstag, Freibank I Nr. 851 bis 2350, Freibank II Nr. 2001 bis 4100.

Sunger

Roman von Knut Hamsun.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Maria von Borch.

Keine Kindereien! Wie in aller Welt wollte man mir beweisen, daß ich gestohlen hatte? Außerdem wagte der Krämerbursche ja keinen Wurm zu schlagen, selbst wenn er sich eines Tages darauf besinnen sollte, wie die Sache zugegangen war; seine Stelle war ihm doch wohl zu lieb. Keinen Wurm, keine Egenen, wenn ich bitten darf!

Trotdem lag mir dies Geld sündhaft schwer in der Tasche und ließ mich nicht ruhen. Ich prüfte mich und machte auf das klarste ausfindig, daß ich zuvor glücklicher gewesen, damals, als ich in aller Ehrlichkeit litt und kämpfte. Und Masall! Hatte ich nicht auch je mit meinen läudigen Händen herabgezogen, Gott im Himmel! Herr mein Gott! Masall!

Ich sprang plötzlich auf und ging direkt zu dem Kuchenschneidwerk an der Elefantapotheke. Noch konnte ich mich wieder erheben von der Schande, es war noch lange nicht zu spät; ich würde der ganzen Welt beweisen, daß ich dazu imstande sei! Unterwegs legte ich das Geld in Bereitschaft, hielt jeden Helfer in der Hand; ich hängte mich über den Tisch der Frau, als ob ich etwas kaufen wollte, und warf ihr das Geld ohne weiteres in die Hand. Ich sprach kein Wort und ging gleich weiter.

Wie wunderbar es schmeckte, wieder ein ehrlicher Mensch zu sein! Meine leeren Taschen beschwerten mich nicht mehr; es war ein Gefühl, wieder blank und bar zu sein. Wenn ich es recht bedachte, hatte dies Geld mich im Grunde genommen viel heimatlicher Kummer gekostet; ich hatte wirklich nur mit Schanden daran gedacht; ich war keine verstoßte Seele, meine christliche Natur hatte sich gegen die niedrige Handlung empört. Gott sei Dank, ich hatte mich in meinem eigenen Bewußtsein wieder erhoben. Macht es mir doch nach! Macht es mir nicht nach! Ich hatte ein armes, alles Küchenweib beglückt, daß es nur so eine Art war; sie wußte weder aus noch ein. Heute abend würden ihre Kinder nicht hungrig zu Bett gehen...

Durch diesen Gedanken standete ich mich auf und fand, daß ich mich ganz ausgezehret benommen hatte. Gott sei Dank, das Geld war ich jezt los.

Trunken und nervös ging ich die Straße entlang und brüskete mich. Die Freude, Masall rein und ehrlich entgegenzutreten und ihr ins Gesicht sehen zu können, ging mit mir durch; ich hatte keine Schmerzen mehr, mein Kopf war klar und leer, es war, als ob ein Kopf aus eitel Licht auf meinen Schultern strahlte. Ich bekam Lust, Karrenstreichle auszuführen, erstaunliche Dinge zu begreifen, die ganze Stadt auf den Kopf zu stellen. Die ganze „Grenze“ hinauf betrug ich mich wie ein Berrücker; ich hatte leichtes Schreien, und in meinem Gehirn war der Rausch in vollem Gange. Ganz begeistert von meiner eigenen Dummheit, fiel es mir ein, hinzugehen und einem Dienstmann, der übrigens kein Wort gesprochen hatte, mein Alter anzuweisen, ihm die Hand zu drücken, ihm eindringlich ins Gesicht zu sehen und ihn dann ohne weitere Erklärung wieder zu verlassen. Ich unterscheid die Nuancen in den Stimmen und dem Lachen der Vorübergehenden, betrachtete ein paar kleine Bödel, die vor mir auf der Gasse hüpften, begann den Ausdruck der Pfastersteine zu studieren und fand allerhand Zeichen und wunderliche Figuren an ihnen. Inzwischen war ich zum Stortingplatz hinuntergelangt.

Blötzlich bleibe ich stehen und starre auf die Droschken. Die Kutsher gehen schwankend umher, die Pferde stehen in dem garstigen Wetter vornübergebeugt da. Komm! sagte ich und gab mir einen Puff mit dem Ellenbogen. Schnell ging ich an den ersten Wagen und stieg ein. Allevoldsvoy Nr. 37! rief ich. Wir ritten davon.

Unterwegs begann der Kutsher sich umzusehen, sich niederzubeugen und in den Wagen zu blicken, wo ich unter dem Verdeck saß. War er misstrauisch geworden? Kein Zweifel, mein schlechter Anzug hatte ihn aufmerkham gemacht.

„Ich muß einen Herrn treffen!“ rief ich ihm zu, um ihm zuvor zu kommen, und dann erklärte ich ihm eindringlich, daß ich diesen Mann absolut treffen müsse.

Wir halten vor Nr. 37, ich springe hinaus, die Treppe hinauf, bis in die dritte Etage, fasse einen Glockenzug und läute; die Glocke machte drinnen sechs, sieben fürchterliche Schläge.

Ein Mädchen schließt auf; ich bemerke, daß sie Goldboutons in den Ohren hat und schwarze Lastingknöpfe an der grauen Kleiderhülle. Sie sieht mich erschrocken an.

Ich frage nach Kieruff, Joachim Kieruff, wenn ich mich so ausdrücken dürfe, ein Wollhändler, kurz und gut, er sei gar nicht zu verwechseln.

Das Mädchen schlüttete den Kopf. „Hier wohnt kein Kieruff“, sagte sie.

Sie starrt mich an, fährt nach der Tür links, bereit, sich zurückzuziehen. Sie gab sich nicht die geringste Mühe, den Mann ausfindig zu machen; sie sah wirklich aus, als ob sie die Person kenne, nach der ich fragte, wenn sie nur ein bißchen hätte nachdenken wollen, das faule Geschöpf. Ich wurde böse, drehte ihr den Rücken zu und ließ die Treppen wieder hinunter.

„Er war nicht da!“ rief ich dem Kutsher zu. „Nicht da?“

„Nein, fahren Sie Tomtegaden Nr. 11.“ Ich war in der heftigen Gemütsbewegung und steckte den Kutsher damit an; er glaubte sicher, daß es das Leben gelte, und fuhr ohne weiteres davon. Er hieb tüchtig darauf los.

„Wie heißt der Mann?“ fragte er und drehte sich auf dem Bod um.

„Kieruff, Wollhändler Kieruff.“ Und der Kutsher meinte auch, daß der Mann nicht zu verwechseln sei. Ob er nicht einen hellen Rod zu tragen pflege?

„Was?“ rief ich, „hellen Rod? Sie sind wohl verrückt? Glauben Sie etwa, daß ich nach einer Teetasse frage?“ Dieser helle Rod kam mir sehr unangeleg, verdarb mir den ganzen Mann, so wie ich ihn mir gedacht hatte.

„Wie sagten Sie, daß er hoch? Kieruff?“ „Gewiß, ist das so wunderbar? Der Name schändet niemand.“

„Hat er nicht rotes Haar?“

„Es konnte wohl sein, daß er rotes Haar hatte, und als der Kutsher dessen erwähnte, war ich mit einemmal sicher, daß er recht habe. Ich war dem armen Fuhrmann förmlich dankbar und sagte ihm, daß er den Mann richtig getroffen habe; es verhalte sich wirklich, wie er sage; es wäre eine Seltenheit gewesen, solch einen Mann ohne rotes Haar zu sehen.“

„Das muß der sein, den ich ein paarmal gefahren habe,“ sagte der Kutsher. „Hatte er nicht einen Knotenstock?“

„Ja, ha, den Mann hat wohl noch niemand ohne Knotenstock in der Hand gesehen. In der Beziehung können Sie beruhigt sein.“

„Ja, es war klar, das war derselbe Mann, den er gefahren hatte. Er kannte ihn wieder.“

Und wir fuhren weiter, daß die Funken stoben. Während dieses ganzen erregten Zustandes hatte ich nicht einen Augenblick die Geistesgegenwart verloren. Wir kommen an einem Polizeibüreau vorbei, und ich bemerke, daß er die

Nummer 60 hat. Diese Zahl trifft mich so grausam genau, sie läßt plötzlich wie ein Splitter in meinem Gehirn, 60, genau 60, die würde ich nicht wieder vergessen, die 60!

Ich lehnte mich in den Wagen zurück, eine Beute der wahnsinnigsten Einfälle, froh unter dem Verdeck zusammen, damit niemand sehe, daß ich den Mund bewegte, und begann dann wie blödsinnig mit mir selbst zu reden. Der Wahnsinn rost in meinem Hirn, und ich lasse ihn rasen, ich bin so fest davon überzeugt, daß ich Einfällen unterliege, über die ich nicht Herr bin. Ich sing an zu lachen, leise und leidenschaftlich, ohne Spur von Grund, noch immer lustig und berauscht von den paar Gläsern Bier, die ich getrunken hatte. Nach und nach löst meine Erregung nach, meine Ruhe kehrt allmählich wieder. Ich spürte Kälte in meinem verwundeten Finger und ich stecke ihn zwischen Hals und Hemdtragen, um ihn ein wenig zu erwärmen. So kommen wir nach Tomtegaden. Der Kutsher hält an. Ich steige aus, ohne Hast, gedankenlos, schlaff, mit schwerem Kopf. Ich trete in die Haustür, komme in einen Hinterhof, gehe quer hindurch, stoße an eine Tür, öffne sie, trete ein und bestehe mich in einem Gang, eine Art Vorzimmer mit zwei Fenstern. In der einen Ecke stehen zwei Koffer, einer auf dem andern, und an der Längswand eine alte, ungeschickliche Schlafbank, auf der eine Decke liegt. Rechts, im nächsten Zimmer höre ich Rindergebrüll, und über mich in der zweiten Etage das Geräusch einer Eisenplatte, auf der geschimmert wird. Alles dies nehme ich in dem Augenblick wahr, wo ich entrete.

Ich gehe ruhig durch das Vorzimmer, an die gegenüberliegende Tür, ohne mich zu beeilen, ohne einen Gedanken an Flucht, öffne auch diese und komme hinaus in die Bogamandsgade. Ich hülte an dem Hause empor, durch das ich soeben gekommen: Wirtschaft und Logis für Reisende.

(Fortsetzung folgt.)

Russische Erinnerungen.

Von Arthur Goldammer.

Die Lebensbedingungen sind im ganzen russischen Reiche derart traurige, wie es sich niemand vorstellen kann. Es mangelt an allem. Die Bevölkerung, zumal auf dem platten Lande, geht buchstäblich in Lumpen, und selbst für diese werden noch hohe Preise bezahlt. Ich bin durch Baskirendörfer gekommen, wo es Familien gab, in denen nur eine Person soviel anzugeliehen hatte, daß sie aus dem Hause gehen konnte, die andern Familienmitglieder saßen während dieser Zeit buchstäblich nackend zu Hause. Es ist dies kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die arme Baskirenbildung schon in Friedenszeiten nur das aller notwendigste an Kleidung besaß. Was soll das Volk jetzt tun? Bei den herrschenden Preisen, es kostete beispielsweise im Sommer 1920 beim Spekulanten der Arschin (70 cm.) Stoff 2-2 1/2 Tausend Rubel, kann es natürlich nichts kaufen. Von der Regierung sind aber in den zwei Jahren, seitdem die Baskiren rot geworden sind, nur einmal zwei Arschin Stoff pro Kopf, zur Ausgabe gelangt. In Russland ist es ja leider immer noch wie früher: gestohlen wird, daß es kaum glaublich ist, und bis die Stoffe aus Moskau bis nach Baskfordistan kommen, haben sich schon sovieler daran gefund gemacht, wie man in Russland zu sagen pflegt, daß für die Verteilung nicht übermäßig viel übrigbleibt. Und so ist es mit allen Gegenständen.

Wieviel wird jetzt in Russland registert und kommandiert, wieviele Instanzen und Instanzen, Abteilungen und Unterabteilungen gibt es und wie schwerfällig arbeitet dieser ganze riesige Apparat der Regierung. Als Beispiel führe ich an, daß ich, als ich diesen Sommer meinen mit aufstehenden monatlichen Urlaub benutzte, um nach Petersburg zu fahren, zum Besorgen der notwendigen Dokumente und Bescheinigungen volle vier Tage brauchte und die erhaltenen Dokumente nicht weniger denn 18 Unterschriften aufwiesen. Während auf den Dörfern die Bauern wegen Mangels an Zugtieren die Felder nicht bestellen können, stellt man jedem, der nur einigermaßen etwas „to seggen“ hat, Pferd, Wagen und einen Kutsher zur Verfügung. In unsern kleinen Sterklamak, mit den in Frage kommenden nützlichen Entfernungen, waren auf diese Weise mindestens 150 Geschirre beschäftigt, um diese neuentstandenen „Barins“ spazieren zu fahren. Die Herren Oberkommunisten fahren natürlich auch in Sterklamak im Auto und blicken, genau wie früher die Bourgeoisie, auf die wandernden Lumpenbündel, das von ihnen registrierte Volk, herab. Das Volk läßt abends beim vorfrühlichen Abendessen den Tagelöhner kann bei einem Preise von 200 Rubel pro Pflanz der Prolet nicht kaufen, und das bißchen Petroleum, was noch vorhanden ist, verbrauchen die Autos. Auch die Wohnungsverhältnisse in den Provinzstädten schreien zum Himmel. Der Kommunist wohnt in der 6-8-Zimmerwohnung eines früheren Bourgeois und hält sich Dienstboten. Die Arbeiter müssen zum größten Teil zu 6-8 Personen in einem Zimmer hausen und wie die Schweine auf dem Fußboden schlafen. Mir ist es selbst passiert, daß ich keine Wohnung habe finden können und in einem Schuppen wohnen mußte. Es existiert nämlich dort die schöne Einrichtung, daß die Wohnungsabteilung, wenn man länger als zwei Wochen fortkommandiert wird, über das innegehabte Quartier verfügt. Und so fand ich beim Zurückkommen von der Kommandierung meine Wohnung anderweit besetzt. Die Wohnungsabteilung vertrießte mich von einem Tage auf den andern und ich zog einfach in einen Schuppen, wohnte, wenn es regnete, zusammen mit der Ziegen und hatte wenigstens den Vorteil, daß mich keine Wanzen plagten. Um derartige Kleinigkeiten kümmert sich dort kein Mensch, aber ein Konseparatorium für Musik, oder Kurse für rhythmische Gymnastik richtete man in Sterklamak ein. Nach außen hin macht das Effekt, denn man kann prunken, was man alles für die Aufklärung des Volkes tut. Wegen Mangels an Seife, Fehlens von Wäsche zum Waschen bei der an und für sich schon großen Unsauberkeit der dortigen Bevölkerung ist natürlich alles voller Ungeziefer und der Flecktyphus hat dort im vergangenen Winter auf geradezu grauenhafte Weise gehaust. Ich kenne Gegenden, wo ganze Familien, ja selbst Dörfer ausgestorben sind.

Für den Soldaten wurde anfänglich von der Sowjetregierung noch einigermaßen gesorgt. Er bekam täglich 1 1/2 Pfund Brot 1/2 Pfund Fleisch oder Fisch, Tee, Zucker, Tabak usw. Aber jetzt? Die Soldaten, welche nicht an der Front sind, und das ist die große Mehrzahl, sind nicht viel besser gestellt als die übrige Bevölkerung. Es ist nichts Seltenes, daß man von Soldaten um ein Stück Brot angebettelt wird, und sogar in Moskau laufen die Soldaten auf den Bahnhöfen herum und versuchen ihre militärischen Bekleidungsgegenstände gegen Lebensmittel einzutauschen. Kein Wunder, daß die Soldaten zu Hunderttausenden desertieren und überall Platate in hant und schwarz die Deserteure auffordern, wieder zur Truppe zurückzukehren. Ja in manchen Gegenden Russlands sind diese Deserteure zu einer richtigen Landplage geworden, haben sich zu Banden zusammengemordet und rauben schlimmer als in Deutschland nach dem 30-jährigen Kriege. Im Juni 1920 war ich gegen sechs Wochen nach dem Bursjan-Langaursem-Kanton, 250 West östlich von Sterklamak kommandiert. Während dieser Zeit sind allein in der Umgegend von Lemjassowa, dem Hauptort dieses Kantons, elf Raubmorde vorgekommen. In einem Falle hatte man den Popen mit seinen beiden erwachsenen Töchtern auf der Landstraße umgebracht und bis aufs Hemd ausgezogen. Allein konnte niemand fahren, mir führten in Karawanen durch die Hun-

derte von Werst tiefen Wälder. Die Bauern waren so ängstlich geworden, daß sie nicht wagten, zur Feuernte aufs Feld zu fahren. Selbst ganze Dörfer wurden von diesen Räuberbanden ausgeraubt, hauptsächlich hatten sie es auf Kleidung abgesehen.

Als ich im Juni nach dem obengenannten Lemjassowa kam, hatte man dort noch den freien Handel, es war infolge dessen der Mehl noch verhältnismäßig billig und kostete pro Pud = 16 Kilogramm „nur“ 1500 Rubel. Nach ungefähr 14 Tagen kam nach dort eine Kompanie inneren Schutzes und verbot den freien Handel. Erfolg: Mehl konnte man im geheimen immer noch kaufen, nur mußte man jezt infolge des größeren Risikos für den Händler und wegen erschwerter Zufuhr 6000 Rubel für das Pud bezahlen. Hierbei ist noch in Betracht zu ziehen, daß dort infolge des rauhen Gebirgsklimas und der waldreichen Gegend fast kein Brotgetreide angebaut wird und die Bevölkerung sich größtenteils von Weiznud und Ertragnissen der Holzbearbeitung ernährt. Das Mehl wird von Kosaken aus einer Entfernung von 100 und mehr Weizen zum Verkauf gebracht, oder gegen andre wertvolle Erzeugnisse eingetauscht. In der Zeit des Verbots belam aber die Bevölkerung kein Mehl oder Brot auf Karten, nur wie Angestellten bekamen auf den Monat 25 Pfund und Familienangehörige 18 Pfund. Die Bevölkerung mußte, um leben zu können, fortan einfach einen vierfach höheren Preis bezahlen.

Nach all dem Geschiderten müßte man eigentlich annehmen, daß es dem Bauern in Russland am besten geht. Bis zu einem gewissen Grade trifft dieses auch zu, denn der Bauer kann sich wenigstens noch fatteffen, was die übrige Bevölkerung nicht kann. Der Grund und Boden ist verteilt worden, und jeder hat für sich so viel bekommen, als er imstande ist mit seiner Familie zu bebauen. Fremde Arbeitskräfte darf er aber dazu nicht annehmen, denn im selben Augenblick würde er ja ein Auswager werden, der von einer andern Arbeitskraft lebt. Wie liegen jedoch die Dinge in Wirklichkeit? Der Bauer besät seinen Acker auf dieselbe alte Weise wie es seine Eltern und Voreltern getan haben. Erwa in seinem Besitz gewesene neuzeitliche Maschinen und Geräte sind in den langen Jahren des Krieges und der Wirren längst unbrauchbar geworden, und Ertrag ist nicht zu bekommen. Dingen verliche er nicht und von Fruchtfolge hat er auch noch nicht viel gehört. Gott wird schon wachsen lassen, und gewöhnlich wächst es auch, denn der Boden ist größtenteils fruchtbar. Manchmal wächst zwar wenig, aber für ihn reicht es, und der über seinen Eigenbedarf hinausgehende Teil wird ihm doch vom Staat abgenommen. Vor der Ernte kommt eine Kommission, von deren Mitglieder man annimmt, daß mit dem Amt auch der Verstand gekommen ist, und schätzt die erwartete Ernte in Gemeinschaft mit dem Dorfowjet und bestimnt, wieviel Getreide das Dorf an die Regierung abzuliefern hat. Wieviel dann jeder einzelne Bauer liefern muß, das macht der Sowjet unter sich aus. Das abgelieferte Getreide bekommt der Bauer dann zu festen Preisen mit Sowjetpapiergeld bezahlt, und zwar zu einem lächerlich geringen Preise, sagen wir für das Pud 50 Rubel, der in keinem Einflang zu den übigen Preisen steht. Genau so verfährt man mit der Abschätzung des zu liefernden Viehes, der Butter, der Eier usw. Da der Bauer außer einer Kleinigkeit Salz und Zucker und einigen Arschin Zeug vom Staat nichts zu festen Preisen bekommt, so muß er alles andre für sich und seine Familie sowie für die Wirtschaft zu freien Preisen kaufen. Jedes Hufeisen und jedes Pfund Nägel kostet ihm Hunderte von Rubeln. Ein primitiver Wagen, wie sie dort im Gebrauche sind, kostet auf mehr wie 100 000 Rubel. Ein Paar Langstiefeeln kosten 30 000, ein altes Soldatenmantel 15 000 Rubel usw. Der Bauer versucht sich nun so zu helfen, daß er weiltete gebrachte Produkte geflissentlich heimlich zu verkaufen sucht. Wenn man ihn aber dabei ertappt, wird er schwer bestraft, oder es kostet ihm ein bißchen Sümmchen Schmiergeld. In den meisten Fällen hilft er sich aber damit, daß er nur so viel andaut, als er für sich und seine Familie braucht, dazu noch Frachs, Hanf und Wein einläßt, Splinnrad und Weistuhl wieder in Gang setzt und nach der Art seiner Voreltern den Stoff zu seiner Kleidung wieder selbst im Hause anfertigt. Die Kultur ist also wieder um Jahrhunderte zurückgekehrt. Sieht man dann noch den Bauern mit Hilfe von Stahl, Feuerstein und Zunder, wegen Fehlens der Zündhölzer, seine Zigarette anzünden, oder die Familie beim Scheitern eines Kienspahns um den rohen Tisch herumfischen, so kann man sich tatsächlich um Hunderte von Jahren zurückversetzt denken.

(Schluß folgt.)

Kleine Chronik.

Konzerte. Alice Sanden, die von nun an nur noch mit Gastspielvertrag für die Leipziger Oper spielen wird, gab ein „Abschieds“-Konzert im ausverkauften Kaufhausaal. Die Fuldigungen, die das Publikum der hervorragenden Opernängerin darbrachte, entsprangen wohl mehr der Abschiedsfeier als der ungeteilten Begeisterung für die Konzertsängerin Alice Sanden dieses Abends. Das mit viel Geschmact zusammengestellte Programm, das einige reizvolle Lieder von Wilhelm Meißel und Alexander Schwarz als Neuheit brachte neben feingefühlten Liedern von Paul Graener, lag der Sangerin leider nicht auch gehendes. Besonders gegen Ende hüßte die Höhe ihrer Stimme etwas an Glanz und Sicherheit ein. Alexander Schwarz spielte etwas am Flügel mit viel geschmackvoller Anpassung. — Das 2. Sommer-Sinfonie-Konzert des Philharmonischen Orchesters traf wie das erste den Grundton einer leichteren, aber doch gebiegenen Sommermusik recht glücklich. Das Programm brachte eine geschickte Auswahl klassischer Musik. Die leichtflüßigen und doch nicht spielerische D-Dur-Sinfonie von Mendel verleierte öfter gehört zu werden; ebenso sehr erfreute die feinstimmige Ausführung der Glücklichen Balleiluite, wobei das Orchester wieder einmal zeigte, wie gut ihm der lebenswürdige Ton leichter klassischer Musik liegt, der gar nicht ganz leicht zu treffen ist. Fröhlich klingend rundete durch die vollendete Wiedergabe des Cello-Konzertes in C-Dur von Hanß den Abend in gelungener Form ab.

Die Verwirklichung einer Bekannungs-Utopie.

Die Mittwoch-Vorstellung der Berliner Staatsoper ist auf drahtlosem Wege ganz Europa zugänglich gemacht worden. Im Spielraum der Oper wurde Mikst und Gesang von mehreren Mikrofonen aufgenommen und auf drahtlosem Wege nach der Großkonzentration Königswusterhausen geleitet. Durch Uebertragungsvoorrichtungen wurde die Aufnahme der Oper drahtlos in einem Umkreise von 12 000 Kilometern weitergeleitet. Auf diese Weise war es möglich, nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in London, Paris, Rom, Petersburg, Christiania und anderen Orten Gesang und Musik der Berliner Staatsoper zu hören.

eingelaufene Schriften.

Gottfried Keller: Die Leute von Selbwoysa. Erzählungen. In Auswahl herausgegeben von Prof. Dr. Philipp Wittkop. Volksverband der Bücherfreunde. Wegweiser-Verlag. G. m. b. H., Berlin.